

ROTER PUNKT WEITER IN AKTION

7. April

1971



10 Pf

Nr. 75

bochumer studenten zeitung
universität bochum u. klinikum essen

WICHTIG!

Befreiung von der
Krankenversicherung
bis 14. Mai 1971

Studenten, die aufgrund eigener Pflicht- oder freiwilliger Mitgliedschaft bzw. als Familienangehörige Anspruch auf Versicherungsleistung der sozialen Krankenversicherung haben, können auf Antrag vom vollen Versicherungsschutz der DSKV befreit werden. Diesen Studenten gleichgestellt sind Studenten, die Anspruch auf Krankenversicherungsleistung nach dem Bundesversorgungsgesetz haben, d. h. Rentner sind.

Die Versicherung bei folgenden Krankenkassen wird für die Befreiung anerkannt: Die Ortskrankenkasse (AOK), Deutsche Angestellten Krankenkasse (DAK), Barmer Ersatzkasse (BEK), Innungskrankenkasse (IKK), Landeskassen (LKK), Kaufm. Krankenkasse Halle (KKH), Hamburg Münchner Ersatzkasse von 1826, Techniker Krankenkasse, Bundesknappschaft, alle Arbeiterersatzkassen und alle Betriebskrankenkassen.

Zur Antragstellung genügt eine Bescheinigung Ihrer Versicherung, aus der hervorgeht, daß der Versicherungsschutz bis zum 30. 9. gewährleistet ist. Ohne diese Bescheinigung kann keine Befreiung vorgenommen werden.

Die Befreiung von den DSKV-Beiträgen zum SS 1971 findet ab 1. Februar in der Baracke 8, Zimmer 3, statt. Öffnungszeiten Mo.-Fr. von 8.15 bis 12 Uhr und von 13 bis 16 Uhr. Die Befreiung von den DSKV-Beiträgen kann nach Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung über die Versicherung bei einer der o. a. Kassen auch dann noch erfolgen, wenn vorher der volle Semester-Sozialbeitrag in Höhe von 97 DM gezahlt wurde. Es muß dann ein formloser Antrag auf Rückerstattung gestellt werden, der bei Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung der Krankenversicherung genehmigt wird. Letzter Einreichungstermin für den Antrag auf Rückerstattung bei der DSKV-Geschäftsstelle ist der 14. Mai 1971. Diese Frist kann auf keinen Fall verlängert werden, da sonst die Auszahlung der Rückerstattungsbeträge zu lange verzögert wird.

BOMBEN

stimmung herrschte im RUB-PUB bei dessen Eröffnung am Montag, Ca. 200 Studenten u. a. labten sich zum Einheitspreis von 50 Pf an Apfelsaft, Cola, Bier, Wein und geistigen Getränken. Ab 0 Uhr wurden die Boxen auf volle Pulte gedreht, und alle Anwesenden fanden sich zu einem derart sagenhaften power-dance auf der Tanzfläche zusammen, daß beim benachbarten Brockmeyer die Bücher aus den Regalen fielen. ACHTUNG!! Es kommt noch ein FLIPPER in den RUB-PUB!! (und zwar ein sozialistischer Flipper: ohne [großen] Leistungsdruck!!)

Seit Donnerstag, den 18. 3. 71, rollt der Rote Punkt auch in Bochum. Grund dieser Aktivität: die am 16. 2. 71 angekündigte und inzwischen (am 29. 3. 71, natürlich in den Semester- bzw. Schulferien) eingeführte Fahrpreiserhöhung bei der Bogestra. 14,3 bis 25 Prozent mehr verlangt die Gesellschaft jetzt von ihrem Fahr„gast“. Sparsame Straßenbahnbenutzer erwägen, ob ein Taxi nicht billiger ist. Fact jedoch bleibt:

1. Durch die Fahrpreiserhöhung wird wieder ein Teil der Leute von der Straßenbahn aufs Auto umsteigen. (Man rechnet mit 0,3 Prozent bei 1 Prozent Preiserhöhung.)

2. Diese Erhöhung trifft folglich vornehmlich solche Leute, die trotz Erhöhung noch weiter die Bogestra benutzen müssen! Wer ist aber letztlich der Nutznießer?

Letztlich die großen Kaufhäuser, die sich augenscheinlich dieser Tatsache sehr wohl bewußt sind, denn welchen Grund hätten sie sonst, beispielsweise Autofahrern ihre Parkhausgebühr zu zahlen? Letztlich die großen Industriebetriebe, denen die Bogestra die Arbeitskräfte herankarrt, wofür letztere dann noch bezahlen müssen! (Opel Werk I hat bekanntlich an der Wittener Straße eine eigene Straßenbahnschleife). Verständlich, daß die Stadt sich massiv gegen die Aktivität des Roten Punktes wehrt: das Problem des öffentlichen Nahverkehrs hatte seit Hannover so schön ruhig in der Schublade gelegen.

1. Der öffentliche Nahverkehr ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Die Entwicklung geht ohnehin dahin, den Autoverkehr aus den Stadtzentren zu verbannen. Man sieht deutlich, daß es teilweise nicht einmal im Interesse des Großkapitals liegen kann, durch ständige Fahrpreiserhöhungen den öffentlichen Nahverkehr ständig

unattraktiver zu machen. Es befindet sich dabei allerdings in einer zwiespältigen Situation. Einerseits profitiert es durch Fahrpreiserhöhungen in Form eines Aufschwunges in der Autoindustrie, andererseits dürfen die Fahrgäste nicht so verärgert werden, daß es zu einem Boykott kommt. Mit dem „Roten Punkt“ ist dieser Boykott da. Von daher ist auch der massive Widerstand der Herrschenden gegen die Aktion „Roter Punkt“ verständlich.

Auch der Autofahrer hat jetzt schon ein Interesse daran, daß der Nahverkehr „steht“, wenn nämlich sein Auto mal stehen bleibt.

2. Solche Gemeinschaftsaufgaben

werden aber nicht nach Maßgabe der Benutzung bezahlt (wobei die Berechnung, was die Benutzung kostet, nie auch nur annähernd exakt sein kann, weil nämlich grundsätzlich der Tagesfahrgast die Nachtleerfahrten mitbezahlt), sondern nach Maßgabe der Einkommenshöhe (Steuern) wie beispielsweise das Bildungswesen, öffentliche Krankenhäuser etc.

3. Längerfristig ist daher auch der Nulltarif anzustreben. In der jetzigen Situation ist jedoch die Forderung nach 50 Pfg. Einheits-tarif realistisch. Die Forderung nach Nulltarif ist als politische Forderung dabei im Auge zu behalten, weil nämlich auch der

Einheitstarif Kosten einer Gemeinschaftsaufgabe teilweise nur einer bestimmten Gruppe von Leuten anlastet.

4. Das Argument, man müsse dann die Steuern erhöhen, ist falsch, sofern eine generelle Erhöhung gemeint ist. Eine Mehrbelastung der Konzerne dagegen, die sich ohnehin einen unangemessen hohen Anteil des Volkseinkommens aneignen, wäre der angemessenste Lösungsweg. Ansonsten: ein Bruchteil des rüstungsindustriefreundlichen Wehretats reicht aus, um vorläufig den Einheits-tarif und später den Nulltarif überall in der BRD einzuführen. (Lesen Sie auf Seite 5: „Presse-hetze gegen Aktion Roter Punkt“).



Brutale Polizeieinsätze—wie in Gelsenkirchen (oben) und in Bochum (unten)—kennzeichneten das Unvermögen der Regierung, den Forderungen des Roten Punktes andere Argumente als Terror und Gewalt entgegenzusetzen. Mehrere Hundert Demonstranten wurden von der Polizei mit Fußtritten, Schlägen, Beinstellen usw. traktiert und dann verhaftet. So wurde versucht, die erwachsene Bevölkerung von einer Teilnahme an den Demonstrationen fernzuhalten. Dennoch hielten die Demonstrationen bis Redaktionsschluß unvermindert an.



Klage wegen Mieterhöhung in Studentenwohnheimen

Im Streit zwischen den Studenten des Reinhold von Thaddenhauses und der ev. Landeskirche wird es bald zu einem Höhepunkt kommen. Fünf Bewohner des Thaddenheimes werden mit Unterstützung des ASTA gegen den Träger des Heimes, die Innere Mission, am 28. April einen Prozeß gegen die Mieterhöhung von 10,— DM pro Zimmer führen. Diese Mieterhöhung war mit nachweislich falschen Bilanzen von der ev. Landeskirche begründet worden. Während man ein Defizit von etwa 100 000 DM vorgetäuscht hatte, sind in Wirklichkeit Rücklagen von 100 000 DM vorhanden. Außerdem waren etliche Faktoren der Bilanzen unrichtig, ungenau oder nicht den Richtlinien entsprechend berechnet (Abschreibung). Über das im Bundesjugendplan vorgesehene „Mitwirkungsrecht“ der Studenten hat sich die Kirche bei der Mieterhöhung ohne weiteres hinweggesetzt.

Ebenfalls klagen werden auf Beschluß der Heimvollversammlung Bewohner des Hardenberghauses gegen den Träger des Heimes, den „Gemeinnützigen Verein zur Förderung des studentischen Lebens im Ruhrgebiet“. Hier waren Mieterhöhungen bis zu 50 Prozent erfolgt. Bei materiellem Erfolg der Klagen werden die Mieterhöhungen zurückgenommen werden müssen. —rst—

Seit Anfang dieses
Jahres können auch

Studenten
WOHNGELD
bekommen.

Informationsbroschüre
im ASTA, Zi. 14
kostenlos erhältlich.

Das Erbe des Staatskommissars

Am 30. März hat Hans-Martin Saß nach über viermonatiger Arbeit als Staatskommissar dieses Amt niedergelegt. Das Ende seiner Amtszeit war von emsiger Aktivität gekennzeichnet: Saß änderte gegen das ausdrückliche Votum von Studentenschaft und Assistentschaft die Verfassung und erließ darüber hinaus eine Wahlordnung zum Universitätsparlament, die die Amtszeit des nächsten UP auf 6 Wochen beschränkt, damit auch die Funktion dieses UP praktisch bestimmt und der Assistentschaft und der Studentenschaft keine Möglichkeit der politischen Einflußnahme auf die Arbeit dieses UP läßt.

Präzedenzfall für Verfassungseingriffe

Das Gelsenkirchener Urteil im Wahlordnungsprozeß hatte die Vertretung des Personalrats im Universitätsparlament für rechtswidrig erklärt (s. BSZ Nr. 73) und damit eine Verfassungsänderung notwendig gemacht. Die Mitgliedergruppen der Universität waren sich einig darin, daß die gleichberechtigte Vertretung des nichtwissenschaftlichen Personals im UP so schnell wie möglich wiederhergestellt werden mußte.

Dieses hätte dadurch erreicht werden können, daß zunächst ein UP ohne Beteiligung des Personals gewählt worden wäre, daß dann durch eine Verfassungsänderung die Nachwahl der Personalvertreter ins UP ermöglicht hätte. Dadurch wäre zumindest der Anspruch auf Selbstverwaltung der Universität aufrechterhalten worden.

Saß hat jedoch entgegen den Forderungen von Studentenschaft und Assistentschaft, aber in Übereinstimmung mit Personalrat, Dozentschaft und Rektorat die Verfassung durch einsamen Beschluß ge-

ändert und dadurch seine Funktion als Staatskommissar in extensiver Weise wahrgenommen.

Schlimm daran ist nicht das Ergebnis — die gleichberechtigte Vertretung des nichtwissenschaftlichen Personals im Universitätsparlament wurde von Studentenschaft und Assistentschaft von jeher gefordert.

Aber die Tatsache, daß Saß als vom Minister unmittelbar abhängiger Staatskommissar die Verfassungsänderung vollzogen hat, erleichtert es dem Minister, in späteren Fällen, wenn es um grundsätzliche politische Inhalte geht, direkt in die Selbstverwaltung der Universität einzugreifen.

Politische Funktion des UP

Wenn man sich die geringe Selbstständigkeit der Hochschulen „selbstverwaltung“ an diesem Beispiel wieder einmal klarmacht und gleichzeitig die vom NRW-Hochschulgesetz und vom Hochschulrahmengesetz vorgesehenen zentralen Planungsinstrumente im Auge behält, dann kann man sich nicht mehr der Illusion hingeben, daß durch Beschlüsse des Universitätsparlaments die fortschreitende For-

mierung der Universität aufgehalten oder eigene Reformvorstellungen gegen die staatliche Planung durchgesetzt werden könnten.

Welche Funktion kann studentische Mitarbeit im UP also noch haben?

Sie kann

1. durch Ausnutzung des Spielraumes, den uns die staatlichen Planungen noch lassen, die größten Freiheiten und unnötigen Härten der Formierungsmaßnahmen durch mildere Maßnahmen ersetzen und, soweit das UP inneruniversitäre Kompetenzen hat, studentische Interessen gegen die Interessen der Professoren durchsetzen;

2. durch Beschlüsse, die über den vom Staat zugestandenen Kompetenzbereich hinausgehen und die mit den Interessen des Staates kollidieren, eine direkte Auseinandersetzung mit dem Staat provozieren und anhand des Konfliktes vermitteln, daß studentische Interessenvertretung nur im Kampf gegen den Staat und nur durch aktiven Kampf der Mehrheit der Studenten für die Durchsetzung dieser Interessen ist.

Solche Beschlüsse können je-

doch nur dann eine mobilisierende Wirkung haben, wenn sie für die Mehrheit der Studierenden unmittelbar relevant sind (z. B. Beschlüsse über Studien- und Prüfungsordnungen).

Übergangs-UP für uns sinnlos

Eine solche Instrumentalisierung des UP ist für das nächste UP kaum möglich. Denn der Staatskommissar hat in der neu erlassenen Wahlordnung festgelegt, daß das Universitätsparlament nur für den Zeitraum von Mitte Mai bis Ende Juni gewählt wird. Ende Juni soll schon wieder ein neues UP für die nächste einjährige Legislaturperiode gewählt werden.

Der Übergangscharakter, den Saß dem nächsten UP dadurch gegeben hat, bestimmt auch die Aufgaben im voraus, die dieses UP erfüllen kann: die Zeit wird gerade reichen, die von Saß beschlossene Wahlordnung eventuell zu modifizieren und die fällige Rektorwahl abzuwickeln.

Fortsetzung nach Seite 2

INHALT

Seite 2
Ich glaube an Gott

Seite 3
Studienanfänger
Info-Seite

Seite 6
Studienprobleme

Seite 5
Ausbildungs-
förderung

Seite 4
Sittenskandal
bei der CDU!

Seite 7
Opferlamm
der US-Justiz
Frohe Ostern!

Seite 8
Alles über den
neuen VDS!

10000 AUFLAGE!
8 Seiten!

Pädagogisches Begleitstudium

Viele Lehrerstudenten, die frisch aus dem Urlaub zurückgekehrt, sich in diesen Tagen für eine Übung ihrer Wahl im Rahmen des Pädagogischen Begleitstudiums anmelden wollen, werden jetzt erst erfahren, daß sie zu spät gekommen sind: Die Anmeldelisten sind bereits seit dem 1. Februar, 11 Uhr vormittags, geschlossen.

In der letzten BSZ (vom 11. 3.) wurden die im Pädagogischen Institut herrschenden Zustände eingehend geschildert und die Hintergründe der aktuellen Misere aufgezeigt; die Mißstände im Begleitstudium sind symptomatisch für die Lehrerausbildung überhaupt. Die Situation ist völlig verfahren, eine sofortige grundlegende Änderung unmöglich: zu festgefügt sind bereits die falschen Strukturen an dieser noch nicht einmal fertiggestellten Universität.

Die derzeitige Lage erfordert vorrangig schnelle Hilfe für die kurz gekommenen Kommilitonen, die die pädagogischen Seminare, so unsinnig sie in dieser Form auch sind, besuchen müssen, wenn sie vom Prüfungsamt zur Prüfung zugelassen werden wollen. Es gilt daher, eine einmalige Übergangslösung zu finden, die es jedem Interessierten ermöglicht, im Sommersemester ein pädagogisches Seminar zu besuchen. Es muß jedoch von vornherein die Illusion vermieden werden, es handle sich dabei um pädagogische Ausbildung von auch nur geringster Effizienz. Die Einmaligkeit dieser Lösung muß absolut klargemacht werden ebenso, daß eine Rückkehr zu den

alten Zuständen (vor dem Engpaß) nicht akzeptabel ist.

Niemand darf glauben, eine Forderung etwa nach Abschaffung des Begleitstudiums sei ein Ausweg: lediglich das Begleitstudium in seiner jetzigen Form muß beseitigt werden. An einer Neukonzeption der Lehrerausbildung arbeitet der Projektbereich. Jeder Lehrerstudent ist aufgefordert, im Projektbereich mitzuarbeiten. Hier erhält er garantiert mehr Einblick in die Probleme seines künftigen Berufs als während des gesamten Begleitstudiums.

Es ist in der derzeitigen Situation sinnlos, einen Konflikt mit den Verantwortlichen im hiesigen Pädagogischen Institut zu suchen: diese Leute sind, was das Kapazitätsproblem betrifft, genauso machtlos wie wir. Wir müssen sie aber auffordern, mit allen Mitteln der Öffentlichkeit das Problem bewußt zu machen und mit uns gegen das Wissenschaftsministerium vorzugehen. Eine solche Zusammenarbeit bedeutet nicht, daß wir uns etwa mit den Neuordnungsplänen für die Lehrerausbildung einverstanden erklären können, wie sie die Kommission des Planungsbeirates — NRW unter maßgebli-

cher Mitwirkung der Herren Heckhausen, Anweiler und Ewert — vorgelegt hat (vgl. „Lehrer 1980“, Bertelsmann 1970): Ihre Konzeption der „Erziehungswissenschaftlichen Universitäten“ und „Zentren für Lehrerbildung“, an denen künftige Lehrer isoliert von den eigentlichen Fach- und Gesellschaftswissenschaften getrimmt werden sollen, muß schärfstens bekämpft werden!

Das Pädagogische Institut veranstaltet wie in jedem Semester eine Einführungsveranstaltung für Begleitfachstudenten. Sie findet am Montag, dem 19. 4., 16 Uhr, an einem noch unbekannten Ort statt (vgl. Vorlesungsverzeichnis). Diese Veranstaltung müssen wir benutzen, um gemeinsam über die bestehenden Verhältnisse zu diskutieren. Dort werden wir auch unsere Vorstellungen für eine einmalige Sofortlösung und eine generelle Neugestaltung der Lehrerausbildung erläutern. Kommt alle zu dieser Veranstaltung, gleich, ob ihr im Sommersemester oder erst im Wintersemester Pädagogik studieren wollt!

Der genaue Ort wird noch bekanntgegeben (Flugblätter).

m — 1

In Sachen Fremdspracheninstitut

In der Stille der Semesterferien vollzieht sich derzeit auf mehreren Ebenen die Entwicklung des Bochumer Fremdspracheninstituts. Die eigentliche Gründung dieses Instituts erfolgte zwar schon zu Beginn des vergangenen Jahres; bis vor wenigen Monaten waren in ihm jedoch nur eine Handvoll wissenschaftlicher Mitarbeiter und etliche studentische Hilfskräfte beschäftigt.

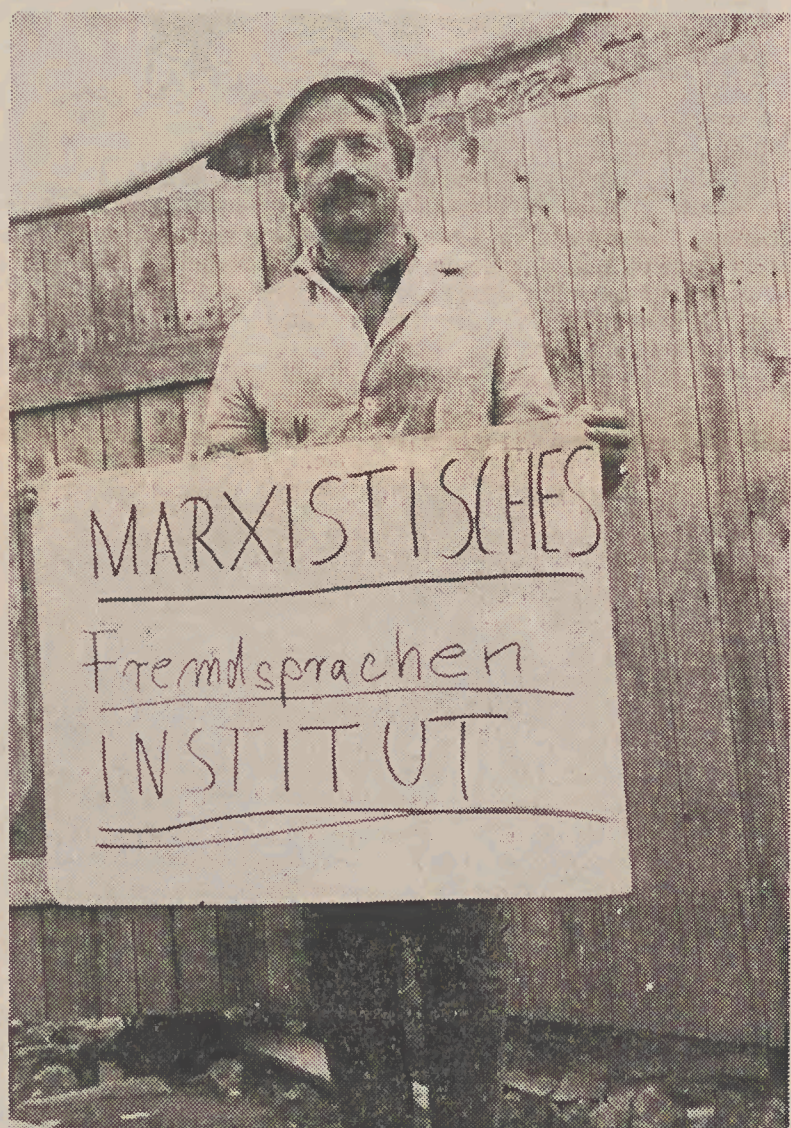
Das Mauerblümchendasein endete schlagartig, als die Stiftung Volkswagenwerk, die nach eigener Aussage „Wissenschaft und Technik in Forschung und Lehre“ fördert, auf Antrag der hiesigen Instituts-Initiatoren nahezu 3 Millionen DM an „Personal- und Sachmitteln für den Aufbau des Fremdspracheninstituts“ an der RUB bereitstellte. Jetzt wurde dem Institut plötzlich Interesse von allen Seiten entgegengebracht.

Zudem hatten die Initiatoren ihre inhaltlichen Vorstellungen von einem Fremdspracheninstitut in Forschung und Lehre schriftlich im sog. „Bochumer Modell“ niedergelegt. Dieses Modell wurde fast einhellig abgelehnt; gar zu intensiv hatten sich die Verfasser bei ihrer Gedankenführung vom Jargon der „Zeit rascher und tiefgreifender Veränderungen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens“ leiten lassen und mit ihrem Konzept einer Ausnutzung technischer Möglichkeiten in unwissenschaftlicher, nur von „Sachzwängen“ bestimmter Weise den Boden bereitet.

Die Universitätskommissionen für Struktur und für Lehre setzten einen Ausschuß ein, der die inhaltlichen, personellen und rechtlichen Positionen des Instituts abklären soll. Die Arbeit dieses Ausschusses gestaltet sich recht schwierig, da in ihm die Interessen aller Mitgliedsgruppen der Universität hart aufeinanderprallen.

Die Assistenten richten ihr Hauptaugenmerk darauf, hierarchische Auswüchse im Sinne der alten Ordinariatsuniversität von vornherein zu unterbinden und die Bedingungen für kooperative Arbeit aller Forschenden und Lehrenden auf dem Boden einer progressiven Institutssatzung zu schaffen. Natürlich liegt eine solche Entwicklung auch im Sinne der Studenten, sie wird deshalb von uns unterstützt.

Viel wichtiger für uns ist jedoch die inhaltliche Gestaltung des Fremdspracheninstituts. Wir müssen darauf dringen, daß das „Bochumer Modell“ — das übrigens auch seine Verfasser inzwischen zurückgezogen haben — neu geschrieben und Bestandteil der Satzung wird; nur so können die allergrößten Gefahren, die das Institut für die Studenten bringt, abgewendet werden. Diese Gefahren liegen darin, daß die Einrichtung des Instituts just in eine Phase fällt, da das Studium ohnehin inhaltlich und or-



ganisatorisch „reformiert“ werden soll. Die Fremdsprachenausbildung der Lehrer und Schüler erhält danach die Funktion, eine Hilfe zu leisten bei der Ausweitung der internationalen ökonomischen Verflechtung. Die kritische Auseinandersetzung mit der Sprache — Literatur, sonstige Texte — soll klar in den Hintergrund treten. Da dem Fremdspracheninstitut gerade die nach diesen Plänen relevanten Teile der Ausbildung — effizientes Erlernen der Sprache, Sprachvermittlung — übertragen werden sollen, droht hier eine relativ reibungslose Durchsetzung dieser

„Reform“. Eine solche Entwicklung muß unter allen Umständen verhindert werden!

Stattdessen gilt es, die positiven Möglichkeiten dieses Instituts zu nutzen. Es muß erreicht werden, daß die Notwendigkeit der Kompetenzabgrenzung zwischen Abteilungen und Fremdspracheninstitut endlich bei den inneruniversitären Gruppen zur Belebung der Diskussion über Reformen, insbesondere der Lehrerausbildung, beiträgt. Bezieht Euch alle an dieser Diskussion! Nur massiver Druck von seiten der Studenten kann das Schlimmste verhindern!

Renate Zimmermann-Eisel

Projektbereich: Info Nr. 2 ist da!

Eine Ferienarbeitsgruppe des Projektbereichs Lehrerausbildung hat ein recht umfangreiches Papier erstellt mit dem Titel „Zur Lage der Lehrämterfächer im Spiegel der Reform-Pläne“. In die Untersuchung einbezogen wurden die Entwicklung der Schulfächer und Studiengänge sowie die „Lehrerbedarfsziffern“.

In der Einleitung wird darauf hingewiesen, das INFO solle „manchen Kommilitonen zu der Erkenntnis verhelfen, daß auch sie ganz persönlich betroffen sind“ und weiter, daß es „bei manchen Studenten, insbesondere Geographen und Historikern, böse Überraschungen auslösen dürfte“. Aber auch Germanisten, Fremdsprachler, Mathematiker, Naturwissenschaftler und alle anderen Lehramtskandidaten sollten dieses Werk eingehend studieren und sich zur vertieften Weiterarbeit anmieren lassen. Macht den Projektbereich stark!

m-1

Ich glaube an Gott

Was hat das Glaubensbekenntnis mit Prüfungen zu tun? Eigentlich nichts. Gemeinhin geht man davon aus, daß die Meldung zur Prüfung ein Studium von mindestens acht Semestern und etliche Scheine voraussetzt.

Nicht so bei den KATHOLISCHEN THEOLOGEN! Hier setzt ein volltheologisches Examen „das Einverständnis des zuständigen Bischofs oder Ordensoberen“ voraus. Das heißt: ohne kirchlichen Segen darf niemand in katholischer Theologie promovieren bzw. das Diplom machen.

Von daher ist es fast eine Farce, daß die Abteilung für Katholische Theologie der Universitätskommission für Lehre ihre Promotions- und Lizentiatenprüfung zur Prüfung übersandte. Während die Lehrkommission generell die Möglichkeit hat, vorgelegte Ordnungen mit Auflagen versehen an die Abteilungen zurückzuschicken, ist die Abteilung für Katholische Theologie an Weisungen der Kirche gebunden und kann sich nicht ohne weiteres an universitäre Beschlüsse binden. Einfluß auf Studien- und Prüfungsordnungen können Lehrkommission und Universitätsparlament also nur in dem Maße ausüben, wie die Kirche einverstanden ist.

Von der im Grundgesetz garantierten Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre kann hier keine Rede mehr sein. Das Fach katholische Theologie ist nur formal in die Universität einbezogen; inhaltlich gilt für die Abteilung nur das, was mit dem kirchlichen Dogma übereinstimmt oder eigens vom Kirchenfürsten abgesegnet wird.

Hat die Katholische Theologie unter diesen Voraussetzungen überhaupt ihren Platz in der Universität? Nein! Eine Abteilung, die ihr eigenes Recht hat, auf die wir grundsätzlich keinen Einfluß nehmen können, muß aus der Universität ausgegliedert werden! — na

Räumungsklage?

75 der 300 Studenten, die in HUSTADT-Wohnungen wohnen, sollen spätestens zum 1. Mai aus diesen Wohnungen herausgeworfen werden. Zwar werden den betroffenen Studenten Ersatzzimmer im Sammelgebäude an der Overbergstraße angeboten, aber damit wird das studentische Wohnproblem nicht gelöst. Der Mangel an Studentenbuden — sowohl privat als auch in Heimen — ist nach wie vor katastrophal, und eine umfassende Lösung dieses Problems ist auch langfristig nicht in Sicht. Durch die angekündigte allmähliche Räumung der HUSTADT — die jetzt ausgesprochenen 75 Kündigungen sind nur der Anfang — wird die Wohnkapazität der Studenten um weitere 300 Zimmer vermindert.

Die HUSTADTstudenten haben beschlossen, sich zu wehren. Freiwillig ausziehen werden sie auf keinen Fall, auch Räumungsklagen sollen kollektiv boykottiert werden. Der ASTA hat für diesen Fall seine finanzielle Unterstützung zugesichert.

Wellauer's English Blend ist reich an tabak. Syrischen, türkischen, indischen, ägyptischen, klassischen englischen Mischung.

ENGLISH BLEND

WELLAUER

ST. GALLEN • Deutsche Lizenz •

3.50 DM

Studienförderung nach dem Honnefer Modell

- Anträge für Studienanfänger**
Anträge zur Aufnahme in die Studienförderung nach dem Honnefer Modell sind bis zum 29. April 1971 (Ausschlußfrist) vollständig in der Förderungsabteilung einzureichen. Eine nachträgliche Beantragung oder die Nachreichung fehlender Unterlagen ist nicht möglich. Es wird unbedingt empfohlen, die Anträge persönlich abzugeben.
 - Studienförderung für Hochschulwechsler**
Bei Hochschulwechslern wird die Studienförderung noch bis einschließlich Juni 1971 von der bisher zuständigen Hochschule gezahlt. Studenten, die zum Sommersemester 1971 nach Bochum gewechselt sind, werden gebeten, sich bis zum 29. April 1971 in der Förderungsabteilung zu melden, damit die Förderungsakte vom bisherigen Studentenwerk angefordert werden kann und die Anschlußzahlung ab Juli 1971 sichergestellt ist.
 - Sonstige Förderungsmöglichkeiten**
Über weitere Förderungsmöglichkeiten wie Freitische, Einsatzstipendien, zinslose Studiendarlehen gibt die Förderungsabteilung nähere Auskunft.
- Sprechzeiten der Förderungsabteilung des Akademischen Förderungswerks sind montags und donnerstags von 8.00 bis 13.00 Uhr (Baracke V, neben der Mensa).

Abteilung IV bindet Dekan

Das letzte Semester war auf der Ebene der universitätszentralen Gremien ein Rückfall in finsternste professorale Alleinherrschaften: das Universitätsparlament, die viertelparitätische Repräsentanz der Gesamtuniversität (so die Verfassungsdefinition), lag brach und wurde von einer Minister-Marionette „vertreten“; der Senat jedoch, laut Verfassung die Vertretung der Abteilungen (Art. 22 UV), war und ist weiterhin ein professorales Exklusivgremium, da die Abteilungen immer noch nur aus Professoren zu bestehen scheinen, weil es keine paritätischen Abteilungssatzungen gibt.

Assistenten, Studenten und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter der Abteilung IV, die seit einhalb Jahren eine nahezu drittelparitätische Satzung hat, entsannen sich jetzt aus Anlaß der Änderung der Universitätsverfassung durch Minister-Saß eines Artikels dieser Verfassung, von dem noch niemand vorher Gebrauch gemacht hatte: laut Art. 26 (2) kann eine Abteilung ihren Dekan zu bestimmten Tagesordnungspunkten einer Senats-sitzung binden. Die Vertreter dieser drei Gruppen in der Abteilungsver-sammlung, soweit sie trotz Ferien erreichbar waren, unterzeichneten einen Brief an den Dekan, in dem sie ihn aufforderten, im Senat einen Antrag auf Nichtbefassung mit der Saß-Maßnahme zu stellen und der Verfassungsänderung nicht zu zustimmen. Sie forderten, das UP selbst solle diese notwendige Änderung vornehmen, damit die autonome Entscheidungsgewalt der Universität in dieser wichtigen Frage nicht beeinträchtigt würde.

Gleichzeitig wollten diese drei Gruppen beweisen, daß es möglich ist, bei entsprechenden Satzungen einen Dekan auch ohne Einflußnahme der Professoren zu binden. Der Dekan der Abteilung, Prof. Imdahl, fühlte sich an das schriftliche Votum von mehr als der Hälfte der Abteilungsversammlung gebunden (wegen der kurzen Frist zwischen Saß-Maßnahme und Se-

natssitzung und wegen der Semesterferien konnte keine ordentliche Versammlung zusammenreten). Er tat, wie ihm durch den Brief aufgetragen war.

Seinem Antrag auf Nichtbefassung stimmte er allein zu; anschließend verließ er das erlauchte Gremium, bevor über die Verfassungsänderung abgestimmt wurde. Somit konnte der Rektor der Öffentlichkeit melden, alle Anwesenden hätten der Vorlage Saß zugestimmt.

Wie tief im Bewußtsein der Herren Senatoren „ihre“ Interessenvertretung Senat verwurzelt ist, zeigt die erste Frage eines dieser Würdenträger an Imdahl, ob ein solches Verfahren überhaupt mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Vom Artikel 26 (2) der UV haben sie offensichtlich noch nie gehört!

Sorgt dafür, daß der Senat mit diesem Artikel zu leben lernt! In ihrem Brief drücken Assistenten, Studenten und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter der Abteilung IV die Hoffnung aus, daß durch diese Aktion auch die Diskussion über paritätische Abteilungssatzungen in den anderen Abteilungen wieder angeregt wird. Handelt danach! Verlangt Rechenschaft von Eurem Senatsvertreter!

Brecht die Macht des Professoren-Senats! Macht ihn zum verfassungsgemäßen Abteilungs-Senat! Schafft paritätische Abteilungssatzungen!

SoWis im Studiensumpf

Tief im Morast sitzen alle Studenten der Sozialwissenschaften, die wahllos Scheine erschlagen, ohne sich zu fragen, welches Examen sie mit ihren Scheinen machen können, ob sie überhaupt ein Examen machen können, welche Ausbildungsgänge, Studienziele und -abschlüsse die Abteilung VIII überhaupt bietet.

Die SoWi-Professoren haben vor einem Jahr eine mangelhafte Diplomprüfungsordnung vorgelegt, die vom UP vorläufig genehmigt wurde, damit in der Abteilung Studenten überhaupt ein Examen machen konnten. Die vorläufige Genehmigung für die Diplomprüfungsordnung ist jetzt abgelaufen.

Im Februar legte die Fakultät der Abteilung VIII der Universitätskommission für Lehre eine Magisterordnung vor und bat um umgehende Verabschiedung, da etliche Studenten schon seit Jahren auf den Magister hin studierten und jetzt prüfungsfähig wären, teilweise sogar schon an der Magisterarbeit schrieben.

Die Diskussion innerhalb der Lehrkommission und mit Vertretern der sozialwissenschaftlichen Abteilung ergab, daß die Magisterordnung in keiner Weise einem existierenden Studiengang entspricht, daß Magister- und Diplomprüfungsordnung in keiner Weise aufeinander abgestimmt sind, daß die Vertreter der Abteilung VIII vor allem gar keine Vorstellungen

über die Ausbildungsziele und nur sehr verschwommene Vorstellungen über die Studiengänge haben, auf die die beiden Prüfungsordnungen zugeschnitten sein sollten.

Der Dekan der Abteilung VIII, Herder-Dorneich, sah sich schließlich genötigt zuzugeben, daß eine Studienordnung nicht existiere, daß man sich über mögliche Studiengänge bisher keine nennenswerten Gedanken gemacht habe.

Die Lehrkommission hat beide Prüfungsordnungen mit der Auflage an die Abteilung zurückverwiesen, die Ordnungen auf — noch zu erstellende — Studiengänge abzustimmen und so miteinander zu verbinden, daß größtmögliche Durchlässigkeit gewährleistet ist.

Jetzt ist es Aufgabe der Fachschaft, dafür zu sorgen, daß die unfähige Fakultät der Abteilung VIII sich nicht wieder mit Stückwerk begnügt, sondern daß die Studenten ihr Interesse an einer umfassenden Regelung und ihre Vorstellungen von einem progressiven Studienmodell durchsetzen können.

rze

Das Erbe des Staatskommissars

Fortsetzung von Seite 1

— Für die Rektorstahl ist bisher allerdings kein Kandidat in Aussicht, den die Studenten unterstützen könnten. —

Die Zeit dürfte auch nicht dazu reichen, irgendeine progressive politische Wirkung des UP zu erreichen.

Unter diesen Voraussetzungen ist eine Teilnahme an der UP-Wahl Ende April/Anfang Mai (solange nicht noch ein Rektorkandidat gefunden wird, der die Rektorstahl für uns interessant macht) wenig sinnvoll.

Wir würden uns im Sommersemester auf einen bürokratischen, für uns nutzlosen Apparat konzentrieren und dadurch Aufmerksamkeit und Aktivitäten von dort ablenken, wo sie im Sommersemester besonders notwendig sind: von der

Arbeit in Fachschaften, Projektbereichen, Basisgruppen etc., von der inhaltlichen Vorbereitung der Studenten auf Studien- und Prüfungsordnungen und von der Mobilisierung für zentrale Aktionen gegen das Hochschulrahmengesetz und das Ausbildungsförderungsgesetz. Erst wenn diese inhaltliche Arbeit stärker angelaufen ist als im letzten Semester, wenn die Studenten in den Fachschaften ihre Interessen klar artikuliert haben, kann das UP im oben beschriebenen Sinne funktionalisiert und in den Kampf gegen die Hochschulreformierung einbezogen werden.

Renate Zimmermann-Eisel

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

trispheer

BRILLEN

Hagemann

SÜDRING 20

Kleinstlinsen angenehm zu tragen unsichtbar • unzerbrechlich

FOTO NIGGEMEYER

Das vielseitige Fachgeschäft für die Amateur- und Berufsfotografie

463 Bochum - Luisenstraße 12-14 - Borgmannstraße 2

Telefon (0 23 21) 1 60 84 - Telex 8 25 709

FOTO- UND FILMFREUNDE werden von uns aufmerksam betreut

STUDIENANFÄNGER-INFO

Hier finden (nicht nur) Studienanfänger alles, was sie an der RUB zum Leben, Lieben und zum Sterben nötig haben müssen

Allgemeiner Studenten-Ausschuß (ASTa)

ASTa ist der Kurzname für den „Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität“, der das Exekutivorgan der Studentenschaft ist. Er wird vom Studentenparlament (SP) gewählt und repräsentiert in seiner politischen Zusammensetzung die Mehrheitsverhältnisse im Parlament. Bochum hat, wie fast alle Hochschulen der BRD, einen linken ASTa: SHB, FHV und Spartakus bilden die ASTa-Koalition. Die Zusammensetzung des Vorstands der Studentenschaft:

Vorsitzende:
Renate Zimmermann-Eisel (SHB) (Gremienpolitik, Fachschaften, Überregionales)
Stellvertretende Vorsitzende:
Manfred Buhl (unabhängig) (Projektbereich Lehrerbildung, Fachschaften)
Rainer Stollmann (SHB) (Soziales)
Robert Farle (Spartakus) (Projektbereiche, Fachschaften)
Fred Blecher (FHV) (Finanzen und Organisation).

Der ASTa hat neben Aufgaben von zentraler Verwaltung und Dienstleistungen für Studierende vor allem die Aufgabe, als quasi-gewerkschaftliche Interessenvertretung aller Studenten die Arbeit für die Verbesserung der sozialen und der Studienbedingungen voranzutreiben und den Kampf gegen

die Formierung der Ausbildung im Interesse des Kapitals zu organisieren. Der Erfolg seiner Tätigkeit hängt davon ab, ob es ihm gelingt, die Studenten so zu informieren, zu mobilisieren und ihre Aktivität so zu organisieren, daß sie sich gemeinsam mit den anderen Studentenschaften, mit denen wir im vds (Verband Deutscher Studentenschaften) vereinigt sind, gegen die staatlichen Eingriffe und Formierungspläne zur Wehr setzen.

In diesem Semester ist es die Hauptaufgabe des ASTa, die Information über das Hochschulrahmengesetz (HSchRG) als Brennpunkt der staatlichen Maßnahmen und die mit diesem Gesetz unmittelbar zusammenhängenden Formierungspläne des Staates (Bildungsgesamplan, Prüfungsrahmenordnungen, Bundesausbildungsförderungsgesetz) zu intensivieren. Dem Studierenden muß die Funktion der staatlichen Bildungsplanung im kapitalistischen Gesellschaftssystem und ihre unmittelbare Relevanz für seine eigene Ausbildung und Zukunft vermittelt werden. Dabei ist eine intensive Zusammenarbeit mit den Fachschaften von zentraler Bedeutung.

Der Kampf gegen die zentralen Formierungsmaßnahmen bestimmt auch den Stellenwert der tagesspolitischen Aufgaben des ASTa.

Fachschaften

Die Studierenden eines Studienfaches bilden eine Fachschaft. Je nach Ihrem Studienfach gehören Sie also einer oder mehreren Fachschaften an.

Organe der Fachschaften sind die Fachschaftsvollversammlung und der Fachschaftsrat. Die Fachschaftsvollversammlung tritt mindestens einmal im Semester (meist zu Beginn) zusammen. Sie wählt den Fachschaftsrat und beschließt in Form von Resolutionen, Anträgen oder konkreten Aufträgen die Stoßrichtung der Politik des Fachschaftsrats.

Aufgabe der Fachschaften ist die Vertretung materieller studentischer Interessen auf Abteilungsebene und die Durchsetzung der fachspezifischen Studieninteressen. Die Fachschaften sollten die Politik des ASTa unterstützen, indem sie die fachspezifischen Gesichtspunkte der staatlichen Formierungspläne vermitteln, die Funktion der bürgerlichen Wissenschaft als Herrschaftsmittel und des Wissenschaftlers als Handlanger aufzeigen und in Arbeitsgruppen, Roten Zellen u. ä. progressive Studienreformmodelle entwickeln und in der Abteilung durchzusetzen versuchen.

Sekretariat des ASTa

An das Sekretariat des ASTa (Baracke 1, Zimmer 17) können Sie sich immer wenden, wenn Sie allein nicht mehr weiterwissen. Die Sekretärinnen werden Ihnen sicher helfen oder Ihnen die zuständige Stelle nennen können.

Wenden Sie sich bitte an das Sekretariat, wenn Sie

- Ihren Sozialbeitrag zahlen wollen (wenn Sie in einer Pflichtversicherung sind, brauchen Sie allerdings erst eine Bescheinigung der DSKV)
- eine Bescheinigung über den gezahlten Sozialbeitrag brauchen
- einen Antrag auf Gewährung eines Freitages stellen wollen
- Adressen von Ärzten brauchen, die die Pille verschreiben
- fotokopieren oder abziehen wollen
- eine Frage bezüglich der Rechts- oder Sozialberatung haben
- ein Mitglied des ASTa suchen
- den ASTa-Wagen mieten wollen
- einen Roten Punkt für Ihr Auto haben wollen
- Informationsmaterial suchen
- Karten für Zeitungsabonnements suchen
- Antragsformulare für Wohngeld suchen
- nicht wissen, wer Ihnen sonst helfen kann.

Aber: Beachten Sie bitte die Anschläge in der Universität, in der Mensa und in der ASTa-Baracke. Das erspart Ihnen Zeit und Mühe und den Sekretärinnen Nerven.

Studentenparlament (SP)

Die Studentenschaft hat auf Universitätsebene als Organe das Studentenparlament und den Vorstand der Studentenschaft (ASTa).

Das Studentenparlament wird am Ende jedes Sommersemesters für ein Jahr gewählt. Es besteht z. Z. aus 57 Abgeordneten; 19 davon sind als Direktabgeordnete ihrer Abteilungen, 38 über die Listen von Wahlgemeinschaften auf Universitätsebene gewählt worden.

Das SP wählt und kontrolliert den Vorstand der Studentenschaft, verabschiedet den Haushalt, beschließt über Beitragsordnungen und kann alle sonstigen Beschlüsse fassen.

Seine politische Bedeutung beschränkt sich im allgemeinen auf die Wahl des ASTa und die Verabschiedung des Haushalts. Für die Begründung und Führung studentischer Hochschulpolitik ist das SP als bürokratisches Gremium schon lange nicht mehr tauglich. Es wird daher im Augenblick eine neue Satzung erarbeitet, die erreichen soll, daß die jeweils an der Basis Aktiven auch über die studentische Politik bestimmen können.

Die Wahl zum 4. Studentenparlament im Juli 1970 ergab wieder eine klare linke Mehrheit: die rechten Hochschulgruppen BSU und RCDS konnten nur 20 der 57 SP-Sitze erobern.

Die Zusammensetzung des SP: Sozialdemokratischer Hochschulbund (SHB) 16 Sitze Bochumer Studenten-Union (BSU) 15 Sitze

Freidemokratischer Hochschulverband (FHV) 5 Sitze Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) 5 Sitze Kommunistischer Studentenbund Marxist-Leninisten (KSB/ML) 5 Sitze

Spartakus 3 Sitze Linke Fachschaften-Liste (LFL) 2 Sitze

Junge Garde 2 Sitze Student für Europa 1 Sitz Anarcho-Syndicat 1 Sitz Liberaler Studentenbund (LSD) 1 Sitz

Kommunistischer Jugend-Verband Deutschlands (KJVD) 1 Sitz

Röntgenuntersuchung

Studierende des 1., 5. und 9. Semesters müssen sich zu Semesterbeginn einer Röntgenuntersuchung unterziehen. Der Nachweis dieser Untersuchung (Eintragung im Studienbuch) ist Voraussetzung für die Rückmeldung im nächsten Semester. Die Röntgentermine werden durch Anschlag bekanntgegeben.

Fotokopien

In der ASTa-Baracke (Baracke 1) steht den Studierenden ein Fotokopierautomat und ein Abzugsgarät zur Verfügung. Der Fotokopierautomat bietet die Möglichkeit der Verkleinerung. Eine Kopie kostet DM —,20 (verkleinert 2 Kopien DM —,20). Matrizen und Papier für das Abzugsgarät erhalten Sie im Sekretariat des ASTa (Baracke 1, Zimmer 17).

Freitische

Der Vorstand der Studentenschaft vergibt in jedem Semester an bedürftige Studenten Freitische. Die Mittel für die Freitische werden von Industriefirmen und sonstigen Vereinigungen gespendet. Freitisch-Anträge sind im Sekretariat des ASTa erhältlich. Der Nachweis des Einkommens der Eltern, des Ehegatten bzw. des eigenen Einkommens und der Nachweis über eine eventuelle Studienförderung sind unbedingt erforderlich.

Achtung Termin: Die Anträge auf Gewährung eines Freitisches müssen bis Donnerstag, 8. 4., beim ASTa eingereicht werden. Studienanfänger können ihre Anträge bis Donnerstag, 15. 4., einreichen.

Übrigens: Auch das Akademische Förderungswerk vergibt Freitische; insbesondere an Honnef-Empfänger. Erkundigen Sie sich beim Akafö, Baracke 5, Zimmer 7!

Honnefer Modell

Die Studienförderung nach dem Honnefer Modell ist die am weitesten verbreitete — da staatliche — Studienförderung. Die Honnefvergabe erfolgt durch das Akademische Förderungswerk (Baracke 5, Zimmer 5/6). Bei der Sozialberatung des ASTa können Sie sich in Honnef-Fragen beraten lassen.

Internationaler Studentenausweis

Einen Internationalen Studentenausweis erhalten Sie beim Studentenreisendienst in Baracke 9.

Kleintransporte

Der ASTa besitzt einen VW-Variant, der zum Preis von DM —,15/km vermietet wird. Voranmeldung ist erwünscht! Näheres im Sekretariat des ASTa, Baracke 1, Zimmer 17.

Kino

Kinos gibt es in Bochum zwar etliche, gute Filme jedoch relativ selten. Nur für Freunde von Sex & Crime sind Bochums Kinos ein gefundenes Fressen. Im übrigen empfiehlt es sich, das Programm des „Studienkreises Film an der Ruhr-Universität“ zu verfolgen. Donnerstags lohnt sich ab und zu der Schatztruhen-Film im „Studio“.

Rechtsberatung

Beim Rechtsberater des ASTa, Herbert Vollmer, finden Sie zweimal wöchentlich (dienstags und donnerstags von 12.30 — 13.30 Uhr in Baracke 1, Zimmer 17) Rat und Unterstützung in Fragen des Mietrechts, der Unterhaltsverpflichtung seitens der Eltern, der Kriegsdienstverweigerung, in Rechtsfragen des Studiums etc.

Fahrschule

Das Studentenwerk Bochum unterhält eine eigene Fahrschule, in der Studenten und Studentinnen zu ermäßigten Gebühren ihren Führerschein erwerben können. Grundgebühr: 40,— DM. Preis pro Fahrstunde 15,— DM. Nähere Auskünfte in der Baracke 1 Zimmer 7, Montag bis Freitag von 10.00 bis 12.00 Uhr, Mittwoch nur von 14.00 bis 16.00 Uhr.

BSZ

Die Bochumer Studenten Zeitung (BSZ) wird vom Vorstand der Studentenschaft herausgegeben und soll die notwendige Information und Mobilisierung im Rahmen der ASTa-Politik leisten. Die BSZ erscheint 14tägig und kann somit als Diskussions- und Mitteilungsblatt innerhalb der Studentenschaft dienen. Sie bringt Informationen über die Arbeit des ASTa und der Fachschaften, Berichte und Analysen über inneruniversitäre und allgemein hochschulpolitische Ereignisse, Leserbriefe und Kleinanzeigen. Seit Januar beschäftigt sich die BSZ auf jeweils einer Sonderseite mit der sozialen und psychischen Situation der Ruhr-Studenten (Arbeitstitel: Frustrationsseite).

Zimmervermittlung

Angebote für private Studenten-zimmer und Wohnungen finden Sie beim Studentenwerk, Baracke 1, Zimmer 7.

Sozialbeitrag

Voraussetzung für die Immatrikulation bzw. Rückmeldung ist die Zahlung des Sozialbeitrags. Der Sozialbeitrag beträgt für Kommilitonen, die Mitglied einer Pflichtversicherung sind (BEK, AOK u.ä.) DM 27,—, für Kommilitonen, die privat oder gar nicht versichert sind, DM 97,—.

Der Sozialbeitrag setzt sich zusammen aus

DM 70,00 Studentische Krankenversicherung (DSKV)
DM 5,00 Solidaritätsbeitrag für zusätzliche Leistungen im Krankenversorgungsgebiet (z. B. Arztstation)

DM 1,65 Unfallversicherung
DM 4,30 Zuwendungen an das Studentenwerk für allgemeine Aktivitäten

DM 1,90 Zuwendungen an das Studentenwerk für den Sozial- und Darlehensfonds

DM 12,30 Beitrag für die Studentische Selbstverwaltung

DM 1,35 Beitrag für den Verband Deutscher Studentenschaften (Bundesverband)

DM 0,25 Beitrag für den Verband Deutscher Studentenschaften (Landesverband)

DM 0,25 Beitrag für den Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverband (ADH).

Sozialberatung

Wenden Sie sich an die Sozialberatung, wenn Sie Honnef haben wollen, aber nicht wissen, wie Sie drankommen; wenn Sie Wohngeld beantragen wollen; wenn Sie persönliche oder Studienprobleme haben. Sie treffen den Sozialberater Rainer Duham montags und donnerstags von 12 — 13.30 Uhr in Baracke 1, Zimmer 2.



Tageszeitungen

liegen täglich im Eingang der ASTa-Baracke aus. Wenn sie dort noch nicht liegen sollten, fragen Sie im Sekretariat nach (Zimmer 17). Wenn sie dort nicht mehr liegen sollten, sind Sie zu spät gekommen.

vds

Der vds (Verband Deutscher Studentenschaften) ist der Dachverband der Studentenschaften. Er umfaßt mit 75 Mitgliedshochschulen und 310 000 Studenten 90 Prozent aller westdeutschen Studierenden. Der vierköpfige Vorstand des vds setzt sich zusammen aus drei Mitgliedern des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) und einem Mitglied des Spartakus. Aufgabe des vds ist die überregionale Initiierung und Koordinierung politischer Aktivitäten der Studenten.

Aktion Roter Punkt

Als im Februar die Straßenbahnlinie 5 (Uni-Stadt) mit großem Pölanz eröffnet wurde, hat der ASTa als erster die Studenten und die Öffentlichkeit über die zu erwartenden Preiserhöhungen informiert, die inzwischen eingetreten sind. Daß der Zeitpunkt der Erhöhung gerade in den Semesterferien liegt, ist sicher kein Zufall. Zusammen mit mehr als einem Dutzend anderer Organisationen führt der

ASTa in Bochum die Rote-Punkt-Aktion durch, weil Aktionen am Ort der meisten Erfolgchancen haben. Da auch die Studentenkarten erheblich teurer geworden sind, wenn Ihr Autofahrer seid, klebt Euch rote Punkte hinter die Scheibe (beim ASTa erhältlich) und nehmt Tramper mit. Boykottiert die Bogenstra und nehmt an Aktionen des ASTa teil.

Akademisches Förderungswerk

Durch Beschluß des Kultusministeriums in NRW ist der Sozialbereich an der Ruhr-Universität Bochum geteilt.

Das Akademische Förderungswerk (Akafö) in der Baracke IV ist zuständig für die Vergabe von Honorarstipendien, die Verwaltung des Mensabetriebes und der staatl. Studentenwohnheime. Jeweils am Montag und Donnerstag in der Zeit von 8.00 bis 13.00 Uhr können dort die Anträge auf Honneföförderstellung gestellt werden. Ebenfalls beantragt werden kann dort ein Freitisch.

Das Akademische Förderungswerk ist ein eingetragener Verein, dessen Mitgliederversammlung ausschließlich aus Professoren besteht.

Zimmervermittlung

Angebote für Zimmer finden Sie im Studentenwerk, Baracke I, Zimmer 7. Öffnungszeiten Mo — Fr. 10 bis 12 Uhr Mi nur 14 — 16 Uhr. Telefonisch können keine Zimmer vermittelt werden.

Universitätsverfassung

Die Verfassung der Ruhr-Universität Bochum, seit Herbst 1969 in Kraft, ein Jahr lang praktiziert und seit November 1970 durch die Einsetzung eines Staatskommissars faktisch außer Kraft gesetzt, bietet rein formal ein durchaus ansprechendes Modell:

— viertelparitätisches Universitätsparlament (UP) (aus jeder Abteilung je ein Vertreter der Hochschullehrer, Assistenten, Studenten, dazu der Personalrat) mit allgemeiner Zuständigkeit

— Senat (bestehend aus den Dekanen aller Abteilungen, also nur aus Hochschullehrern), der Beschlüsse des UP blockieren kann

— Rektorat (Rektor Faillard, drei professorale Prorektoren und Verwaltungschef Kanzler Seel), das nominell nur Rechtsaufsicht üben sollte.

Doch zunächst war schon der Entscheidungsspielraum der Universität und damit der Kompetenzbereich des viertelparitätischen Universitätsparlaments von vornherein durch die Nichtgenehmigung wesentlicher Teile der Verfassung eingeschränkt und wurde durch die Bestimmungen des Hochschulgesetzes von Nordrhein-Westfalen noch weiter beschnitten. Darüber hinaus bewirkten das Fehlen der Demo-

kritisierung auf Abteilungsebene und andere in die Verfassung eingebauten Bremsmechanismen, daß die partiellen Reformen, die vom UP beschlossen wurden, und damit das ganze UP ad absurdum geführt wurden. Senat und Rektorat, beide von reaktionären Professoren bestimmt, die die professoralen Privilegien gegen alle Reformbemühungen zu verteidigen trachteten, gelang es im Bündnis mit dem Ministerium, das UP durch einen gefügigen Staatskommissar ersetzen zu lassen.

Für das Sommersemester ist zwar die Wahl eines neuen UP geplant. Bevor die Studenten sich jedoch konzeptionslos an den UP-Wahlen beteiligen, muß geprüft werden, ob

— angesichts der unmittelbaren Eingriffsmöglichkeiten des Staates in die universitäre Selbstverwaltung,

— angesichts der Hochschulgesetze, die die Universität zur abhängigen, unselbstständigen Ausbildungsfabrik machen,

— angesichts der Erfahrungen mit dem letzten UP in einem neuen UP für die Studenten positive Beschlüsse durchgesetzt werden können und das UP von daher eine Funktion im Rahmen des studentischen Kampfes gegen die staatlichen Formierungsmaßnahmen erfüllen kann.

Ausbildungsförderung

Die staatliche Ausbildungsförderung geschieht seit 1957 nach dem „Honnefer Modell“. Unzureichende Förderungssätze, Familienabhängigkeit, besondere Eignungs- und zusätzliche Leistungsnachweise haben das Honnefer Modell von Anfang an als politisches Instrument der Förderung unterprivilegierter Schichten der Bevölkerung untuglich gemacht.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Ausbildungsförderungsgesetz, der jetzt vorliegt, wird das Honnefer Modell noch verschlechtern, weil er die Möglichkeit einer familienunabhängigen Förderung, die bisher durch die Förderungsausschüsse der Studentenwerke in Einzelfällen gewährt werden konnte, nicht mehr vorsieht, weil die Verwaltung der Studienförderung zu staatlichen Behörden kommen soll, und der vorgesehene Förderungsbetrag keinesfalls ausreicht. Zuständig für die Vergabe des Honnefer Modells ist in Bochum das Akademische Förderungswerk (s. unter diesem Stichwort).

Über weitere Möglichkeiten des Studiums durch Stipendien, können Sie sich durch eine etwa Mitte April erscheinende Broschüre informieren. Sie wird im ASTa, Baracke I, Zimmer 17 gegen einen Unkostenbeitrag von 2,— DM erhältlich sein.

Anti-Baby-Pille etc.

Falls Sie Adressen von Ärzten suchen, die nicht doof gucken, wenn Sie an junge unverheiratete Leute die Anti-Baby-Pille verschreiben sollen, oder falls Sie in der Hinsicht weitergehende Probleme haben, wenden Sie sich bitte an den Sozialreferenten des ASTa, Rainer Stollmann, der Ihnen gerne mit den entsprechenden Adressen weiterhilft.

Kriegsdienstverweigerer

Fall Sie der Ansicht sind, daß es unsinnig ist, 1½ Jahre seines Lebens damit zu verbringen, bei der Bundeswehr zu lernen, wie man möglichst effizient andere Leute umbringt, und deshalb den Kriegsdienst verweigern wollen, wenden Sie sich an den Rechtsberater im ASTa, Herbert Vollmer, der Montag und Donnerstag in der Zeit von 12.30 bis 13.30 Uhr Sprechstunde hat.

Darlehn

Kurzfristige bis zu 150,— DM gewährt das Studentenwerk. Sie sind zu beantragen in Baracke I, Zimmer 8. Öffnungszeiten: Montag bis Freitag von 10 bis 12 Uhr. Mittwoch nur von 14 — 16 Uhr. Bürgschaftsdarlehen zur Studienförderung gewährt das Akademische Förderungswerk in der Baracke IV.

DSR (Studenten-Reisedienst)

Im Auftrage des Studentenwerkes vermittelt der Deutsche Studenten-Reisedienst (eine gemeinnützige GmbH) an Studenten der Ruhr-Universität verbilligte Ferienreisen und verbilligte Sonderreisen. Auskunft über die Leistungen des Reisedienstes und Informationsmaterial erhalten Sie in der Baracke IX hinter der Mensa. Telefon: 70 14 57.

Studienverlag

Der Studienverlag des Studentenwerkes druckt alles (Flugblätter politischer Hochschulgruppen, Skripten von Professoren aller Abteilungen, Infos des ASTa, Dissertationen nach den geltenden Richtlinien). — Immer zu einem vernünftigen Preis. Sie finden den Studienverlag in der Baracke I, Zimmer 4. Öffnungszeiten: montags bis freitags von 10.00 bis 12.00 Uhr. Mittwoch nur 14 — 16.00 Uhr. Telefon 71 40 43.

Sittenskandal! Nationalzeitung verkuppelt Rechts- sektierer mit CDU

Behaupte keiner, die CDU hätte kein unzuchtiges Verhältnis mit noch schlimmeren Rechtsradikalen! Ein Blick in die Nationalzeitung (Herausgeber: Dr. Gerhard Frey) vom 26. 3. 1971 zeigt, daß sich das germanische Waldhorn der NPD zur pommer'schen Fanfare des rechten CDU-Flügels entwickelt hat.



Die erste Seite beginnt mit der Verteufelung der Bonner Ostpolitik, jedoch nicht ohne auch ein paar anerkennende Worte für die UdSSR („Neuer Triumph des Weltkommunismus“) zu finden.

Diese Übereinstimmung mit der CDU-Politik könnte zufälliger Natur sein, blättert man die Nationalzeitung jedoch um, so liest man hocheifrig auf Seite 2: „Brandt/Scheel auch in Rheinland-Pfalz geschlagen“, und eine Zwischenüberschrift kündigt dafür von einer „soliden Mehrheit im Mainzer Landtag“.

Daß die CDU dennoch verhältnismäßig wenig Stimmengewinne realisieren konnte, schreibt die Nationalzeitung der „Intelligenz des Wählers in Rheinland-Pfalz“, zu, durch dessen Votum der „halblinke“, „schräge“, „in seinem allseits bekannten Opportunismus mehr als jeder andere führende Christdemokrat der sozialistischen Ostpolitik geneigt(e)“ Kohl die „verdiente Zurückweisung erfahren“ hat.

Man lese und — Deutschland erwache! — staune: Nicht die gesamte CDU erfährt eine Kritik — denn immerhin hat ja gerade sie durch ihren Wahlkampf der NPD Stimmen geklaut — sondern nur jener Kohl („Der schräge Kohl ist gefangen“), dessen „Bäume nicht in den Himmel wachsen“.

Beim NZ-Leser fällt die Reichsmark: HIER ÜBEN KEINE SEKTIERERISCHEN RECHTSRADIKALEN KRITIK AN DER CDU, SONDERN RECHTSRADIKALE CDU-LER MACHEN IHREM UNMUT LUFT ÜBER „HALBLINKE“ CDU-LER!!

Auf derselben Seite steht noch ein wütendes Pamphlet gegen die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand des (CDU)-Vatikanstaats-Botschafters Berger, wie es schöner und deutscher in keiner CDU-Parteizette nicht stehen könnte („Verzichtverlangen der Bundesregierung“; „Deutsche Diplomaten waren in früherer Zeit (!) auf die Verteidigung deutscher Lebensinteressen geschult, nicht auf deren Vernichtung.“)

Die dritte Seite der Nationalzeitung nimmt sich des deutschen Waidwerks an: „Hetzjagd auf Löwenthal“. Auch in diesem Artikel übt die NZ Kritik an einem „Reinhold-Rechten“, nämlich an Fernsehkommentator und CSU-Mitglied Hans Heigert, denn „zwischen seinen Kommentaren und der Haltung der parteioffiziellen Zeitung „Bayernkurier“ (ist) ein noch größerer Meinungsunterschied festzustellen als zwischen der CDU und SPD“.

Die vierte Seite ist ein Höhepunkt der Liebe zur CDU: Die einseitige, reinrassige NPD-Streitschrift Nationalzeitung forcht sich mit, über mehrere Ausgaben hinweg eine Rede von CDU/CSU-MdB Dr. Walter Becher Wort für Wort nachzudrucken (Thema: „Ostverträge sind verfassungswidrig; Gerechtigkeit oder Weltrevolution?“). Und die Zeichen stehen gut für die Radikalen in der CDU: Auf Seite 8 prangt eine Sondermeldung über den „Putsch“ der Frankfurter CDU-„Rebellen“, welche „250 rechtsgerichtete junge Christdemokraten“ und „zum größten Teil erfolgreiche Geschäftsleute, Juristen, Bankangestellte und Adlige“ sind, und welsche nun „mit gewohntem Elan“ und durch „geschickte Taktiken, zugkräftige Argumente und nahtloses Zusammenspiel“ daran gehen, „den Linksneigungen der Frankfurter CDU-Spitze und ihrer Rathaus-Filzokratie mit SPD und FDP ein Ende zu bereiten“, das heißt, die den „alte(n) Trotz eines lendenlahmen, halblinken, kraft- und saftlosen rosaroten hessischen CDU-Flügels“ zu einem gestreckten Galopp geradewegs ins Vierte Reich beschleunigen.

Kann es einen schön'nen Beweis dafür geben, daß sich rechtsradikale Sektierer und CDU-Mitglieder nun doch zu einem politischen Koitus entschlossen haben?

In der NZ-Leserbriefspalte „Das freie Wort“ findet man die endgültige Bestätigung: Eine „konservative“ Frau M. Aierle, Berlin, welche „Mitglied der CDU“ ist, erklärt ihren „Antrag zur Aufnahme in die DVU“ (Deutsche Volksumion, Dr. Freys neue „überparteiliche“ Nationalkloake) und fleht: „Möge Sie Gottes Segen begleiten, daß Sie guten Erfolg haben.“

An dieser Stelle empfiehlt es sich, noch einmal über die Verbotderzusammenarbeit mit kommunistenbeschlüsse der SPD nachzudenken, denn kann man mit einer CDU zusammenarbeiten, deren rechtes Sprachrohr behauptet, daß „in Wirklichkeit von 1933-1945 eine Variante jenes Sozialismus herrschte, den in seiner internationalen Spielart uns schmachhaft zu machen das Linkskartell der Meinungsmacher unablässig bemüht ist“ (NZ, Seite 3), und das davon träumt, daß „eines Tages Ostdeutschland wieder deutsch ist“ und „daß dann Abermillionen Deutsche an dem Pionierwerk einer Neubesiedlung des deutschen Ostens teilnehmen werden, Kindeskinde von Vertriebenen wie seit vielen Generationen eingesessene Westdeutsche“ (NZ, Seite 5).

H. D. Genscher in action

Als am 26. 10. 1962 die Bundesanwaltschaft eine Großaktion gegen den damaligen „Staatsfeind Nr. 1“ den „Spiegel“ anlaufen ließ, und es dabei zu einer Reihe von Maßnahmen der Exkutive kam, die „etwas außerhalb der Legalität“ lagen, erhob sich in der liberalen Presse ein Entrüstungssturm. Heute richten sich die Exekutivmaßnahmen nicht gegen ein mächtiges Nachrichtenmagazin, sondern gegen angebliche Helfer einer Gruppe, die sich um Ulrike Meinhof und Andreas Baader gebildet haben soll. Bei dem Vorgehen gegen die angeblichen Helfer der Gruppe sind „alle Mittel“ recht. So sagte der für die Sicherungsgruppe Bonn verantwortliche Bundesinnenminister Genscher: „Wir werden mit allen Mitteln feststellen, wer ihnen hilft, wer ihnen Unterschlupf oder Abstellmöglichkeiten gewährt, wer ihnen Hinweise gibt oder ihre verbrecherische Tätigkeit in anderer Form deckt und fördert.“ (Bild am Sonntag v. 14. 2. 71 S. 3). Wie sehen alle diese Mittel aus?

1. Hausdurchsuchungen werden in der Regel ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl vorgenommen und lediglich auf die dehnbare Generalklausel „Gefahr im Verzug“ gestützt. So um 6 Uhr bei Prof. Peter Brückner in Hannover, bei dem Bremer Makler Hübötter und zuletzt bei Professor Renate Riemek. Bei Frau Riemek verschafften sich vier Beamte der Sicherungsgruppe Bonn unter Leitung des Oberkommissars Wolf am 12. 2. 71 morgens gegen acht Uhr Zutritt zu der Wohnung, indem sie die Haushälterin gewaltsam von der Tür wegdrängten. Erst als die aus dem Schlaf gerissene Frau Riemek wiederholt die Vorlage eines richterlichen Durchsuchungsbefehls verlangte, änderten die Beamten, die inzwischen die Zimmer der Wohnung inspiziert hatten, ihre Taktik und erklärten, sie seien nur in die Wohnung eingedrungen, um Frau Riemek zu vernehmen. Diese Vernehmung wurde durch einen im Garten mit einer Maschinenpistole patrouillierenden Polizisten abgesichert.

2. Bei der Durchsuchung des Mietshauses Frankfurt/M., Eschersheimer Landstraße 107, lag zwar ein richterlicher Durchsuchungsbefehl vom 26. 1. 71 vor. Dieser Beschluß war allein gegen Monika Seifert gerichtet. Obwohl Monika Seifert nur Mitiegentümerin des Hauses ist und nur eine der sieben Wohnungen des Miethauses bewohnt, wurden trotzdem sämtliche sieben Wohnungen am 27. 1. 71 ab sechs Uhr von ca. 30 Polizeibeamten durchsucht. Gefunden wurde nichts.

3. Bei mehreren Hausdurchsuchungen versuchte die Polizei, die

Bewohner einzuschüchtern. Insbesondere wurden die Betroffenen daran gehindert, Anwälte als Zeugen bei der Durchsuchung beizuziehen — so war es bei Herrn Hübötter in Bremen und bei Frau Seifert in Frankfurt. Der Ehemann von Frau Seifert, Jürgen Seifert, konnte ein Telefongespräch mit seinem Anwalt erst erzwingen, als er von den Beamten eine schriftliche Bescheinigung darüber verlangte, daß ihm die telefonische Herbeirufung eines Anwalts nicht gestattet werde. Bei Professor Brückner wurde kurzerhand die Sprechmuschel aus dem Telefonhörer geschraubt.

Die Tendenz, Anwälte auszuschalten und damit die Betroffenen einzuschüchtern, beweist besonders deutlich: Seit 12. 2. 1971 werden Elke Falkenberg und Frieder Ebel in der Untersuchungshaftanstalt Frankfurt festgehalten; bis heute (17. 2.) ist es ihnen unmöglich gemacht worden, mit ihren Anwälten zu sprechen.

4. Obwohl nach der Europäischen Menschenrechtskonvention (Art. 6 II) die Vermutung besteht, daß jeder unschuldig ist, solange ihm seine Schuld nicht auf gesetzlichem Wege nachgewiesen ist, haben verschiedene Zeitungen die in Frankfurt Verhafteten als „Bandenmitglieder“ bezeichnet. Dabei ist nicht einmal die Behauptung, die Verhafteten hätten der Gruppe geholfen, bewiesen.

5. Das Abstempeln angeblicher Helfer zu „Bandenmitgliedern“ und die damit im Zusammenhang stehende Verdächtigung „honoriger Kreise“ ist nur möglich durch eine dahingehende Nachrichtenpolitik des Innenministeriums. Von diesem

erhält die Boulevardpresse, insbesondere „Bild“ und „Bild am Sonntag“, bevorzugt Informationen, die darauf abzielen, „honorige Kreise“ zu diskreditieren. Bundesinnenminister Genscher wertet derartige diskriminierende Berichte durch die Praxis exklusiver Interviews in der Boulevardpresse noch besonders auf.

Der Einsatz all dieser Mittel, d. h. der Bruch rechtsstaatlicher Garantien und der unzulässige Eingriff in Persönlichkeitsrechte haben folgende Funktion:

a) Die linke Opposition soll eingeschüchtert und diskriminiert werden;

b) Bundesminister Genscher als Garant von „Ruhe und Ordnung“ ins Bild gesetzt werden.

Alle liberalen und rechtsstaatlichen Bekenntnisse der FDP erweisen sich als Phrasen, wenn unter einem FDP-Innenminister in der Verfolgung der zum „Staatsfeind Nr. 1“ erklärten Gruppe Baader-Meinhof mit Mitteln gearbeitet wird, die an die Verfolgung von Kommunisten in den 50er Jahren erinnern. Diese Methoden der Verfolgung, die sich nicht zuletzt gegen unbeteiligte Dritte richten, wurden auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges von der liberalen Presse nicht beachtet. Damals hat die liberale Kritik angesichts der Außerkräftsetzung rechtsstaatlicher Regeln gegenüber Kommunisten versagt. Heute müssen wir feststellen, daß diejenigen, die ständig vom Rechtsstaat reden, dann, wenn es für sie opportun ist, etwas außerhalb der Legalität handeln oder, wie man heute sagt, „mit allen Mitteln“ vorgehen.

REDAKTION KRITISCHE JUSTIZ

SHB-SPD Presseerklärung

Der Bundeszentralrat (BZR) des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) bedauert, daß der Vorstand der SPD mit seinem Beschluß vom 28. März 1971 die Zusammenarbeit mit dem Bundesverband des SHB unterbrochen hat. Zwar hat das Kesseltreiben der Rechtskräfte, insbesondere der CDU/CSU und der Springer-Presse, gegen linke Jugend- und Studentenverbände nicht zu dem geforderten völligen Bruch mit dem SHB geführt. Es drohen aber weiterhin noch schärfere Repressionen, die offensichtlich von zukünftigen Beschlüssen des SHB abhängig gemacht werden.

Zu dem Beschluß des Parteivorstandes stellt der SHB im einzelnen fest:

1) Es ist nicht ersichtlich, auf welchen materiellen politischen Kriterien die Einschätzung des Parteivorstandes beruht, der SHB habe sich in letzter Zeit noch weiter von der politischen Linie der SPD entfernt. Deshalb ist es dem SHB auch unverständlich, daß entgegen vorheriger Ankündigung durch die Partei eine politische Diskussion zwischen SHB und SPD nicht stattgefunden hat. Der SHB hat mehrfach seine Bereitschaft betont, seine Politik, die von den Gruppen am Hochschulort, auf Seminaren und Bundeskonferenzen erarbeitet worden ist, zu erläutern und zu diskutieren.

2) Der SHB hat mehrfach auf den Beschluß seiner 11. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung in Koblenz zur Zusammenarbeit mit der SPD verwiesen, der für alle Gruppen und Gremien des SHB verbindlich ist und auch klargestellt, daß im SHB darüberhinaus unterschiedliche theoretische Ansätze und politische Einschätzungen vertreten werden. Deshalb ist besonders unverständlich, daß der Parteivorstand in dieser Situation dem SHB die finanzielle Unterstützung entzieht und dadurch den Diskussionsprozeß im Gesamtverband verhindert, der zu einer Klärung der verschiedenen Ansätze und zu einer

besseren Fundierung der gemeinsamen Politik führen soll.

3) Die gegenwärtige vom SHB betriebene Hochschulpolitik der gewerkschaftlichen Orientierung, die sich gegen reaktionäre Bestrebungen und die Formierung der Hochschulen richtet und eine Demokratisierung des Ausbildungssektors als Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft anstrebt, hat den SHB zum stärksten studentischen Hochschul-Verband gemacht. Diese Politik stützt sich auf die Zustimmung der Mehrheit der westdeutschen Studenten. Das zeigt sich auch in der Reorganisation des VDS, in dem der SHB drei von vier Vorstandsmitgliedern stellt. In der Durchführung des vom VDS getragenen Mitbestimmungskongresses wurde zudem die breite Unterstützung dieser Politik durch andere im Ausbildungsbereich tätige Organisationen tätig. Das gilt vor allem auch für große Teile der SPD selbst und der Gewerkschaften.

4) Diese erfolgreiche Hochschulpolitik des SHB war und ist bisher nur möglich in Zusammenarbeit mit den kommunistischen Studenten des Spartakus. Die SPD hat in ihren Beschlüssen zur Abgrenzung von Kommunisten die besonderen Bedingungen an den Hochschulen nicht berücksichtigt und nicht aufgezeigt, unter welchen Bedingungen sie ein Zusammengehen mit Kommunisten in bestimmten sozialen Bereichen für möglich hält. Gegen die undifferenzierten Beschlüsse von Parteirat und Parteivorstand, die sich als unmittelbarer Angriff auf die Hochschulpolitik des SHB darstellten, mußte der SHB entschiedene Stellung nehmen. Klärnde Gespräche über die unterschiedlichen Positionen sind nicht am SHB gescheitert.

5) Der SHB hat seine starke Stellung an den Hochschulen nicht durch kritiklose Ausrichtung auf die vordergründigen Interessen der SPD gewonnen, sondern dadurch, daß er in eigenständigen Diskussionen von den Interessen der Auszubildenden ausgegangen ist, die

später in ihrer überwiegenden Mehrheit lohnabhängig arbeiten werden, und er dementsprechend seine Politik auf ein Bildungssystem ausgerichtet hat, das den Interessen der arbeitenden Bevölkerung entspricht. Diese selbständige Wahrnehmung der Interessen derer, die auch ein Teil der sozialen Basis der SPD bilden, hat den SHB im Gegensatz zu bestimmten Bereichen der Regierungspolitik gebracht: Durch eine Politik, die objektiv zur Formierung des gesamten Ausbildungs- und Forschungssektors führt, kommt die Bundesregierung eher den Forderungen der großen Konzerne nach, Wissenschaft und Ausbildung im Profitinteresse zu verplanen, als dem Interesse der arbeitenden Bevölkerung nach Qualifikation und Mitbestimmung.

6) Einerseits erklärt die SPD die Zusammenarbeit mit dem Bund Freiheit der Wissenschaft für möglich, andererseits aber die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit mit dem BZR des SHB für nicht mehr gegeben. Gleichzeitig sollen jedoch nach dem Beschluß des Parteivorstandes die hochschulpolitischen Bestrebungen sozialdemokratischer Studenten und Gruppen weiterhin von der SPD unterstützt werden. Wenn in diesem Zusammenhang vom Parteivorstand angestrebt werden sollte, den SHB als wichtige politische Kraft im Ausbildungssektor zu erschlagen, dann muß sich der Parteivorstand der Diskussion stellen, nach welchen Kriterien er sozialdemokratische Politik im Ausbildungssektor bestimmt und welche Gruppierungen er in Zukunft unterstützen will.

Der SHB wird auf allen Ebenen seine Hochschulpolitik der gewerkschaftlichen Orientierung unbeirrt fortsetzen. Er wird weiterhin u. a. den aktiven Teil der studentischen SPD-Mitglieder organisieren und eine noch intensivere Zusammenarbeit mit interessierten Kreisen in den Gewerkschaften, bei den Jusos und in der SPD insgesamt anstreben.



Die
Rote Zelle
Theologie
bei ihrer
letzten MV

Einheitspub 50 Pf

Pressehetze gegen „Roter Punkt“

„Gegen roten Punkt“, „Distanzieren uns vom Flugblatt“ — mit diesen und ähnlichen Parolen begann die Berichterstattung der Bochumer Presse über die Protestaktion gegen die Fahrpreiserhöhungen bei der BoGeStra.

Die ersten Artikel über die Aktion in der WAZ, den Ruhr-Nachrichten und der Westfälischen Rundschau waren noch recht düftig und hatten einerseits den Zweck, die Sache herunterzuspielen, andererseits versuchte man Verwirrung zu stiften.

Als die Aktion mit der ersten großen Kundgebung und Demonstration am 18. März in Bochum zentral ins öffentliche Interesse rückte, wechselte man die Taktik.

Totschweigen konnten die Zeitungen die Sache nun nicht mehr. Also berichteten sie ausführlich, nicht nur im regionalen Teil. Kennzeichnend für die Berichterstattung an den Tagen nach dem 18. März waren widersprüchliche Informationen, falsche Meldungen, primitive Anti-Kommunismus-Hetze und andererseits Verharmlosung der Sache. Hierfür einige Beispiele:

WAZ, 19. März
„20 Festnahmen“, „knapp 500 Teilnehmer“, „Unter dem Banner der Roten Garde begann die wilde Demonstration nach der genehmigten Kundgebung“.

Westfälische Rundschau, 19. März
„300 demonstrierten mit Sitzstreik“, „Zehn Personen wurden festgenommen“.

Ruhr-Nachrichten, 19. März
„Über 1000 protestierten gestern gegen Fahrpreiserhöhungen“, „Einige wurden vorläufig festgenommen“, „Polizist im Gewühl verletzt“.

Die Wahrheit sieht so aus:

Die Polizei ging provozierend und brutal vor. Mehrere Demonstranten und unbeteiligte Passanten wurden verletzt. Ca. 60 Leute wurden teilweise wahllos, teilweise nach offensichtlich vorbereiteten Listen festgenommen. Die politische Polizei war dabei, filmte die Aktion und gab Festnahmehinweise.

Etwa 1500 Jugendliche und Bürger beteiligten sich an der Kundgebung und an der Demonstration. Sitzstreik gab es nicht. Dazu war es viel zu kalt.

Bei steigender Solidarisierung und anhaltender Aktion in den folgenden Tagen und Wochen sah

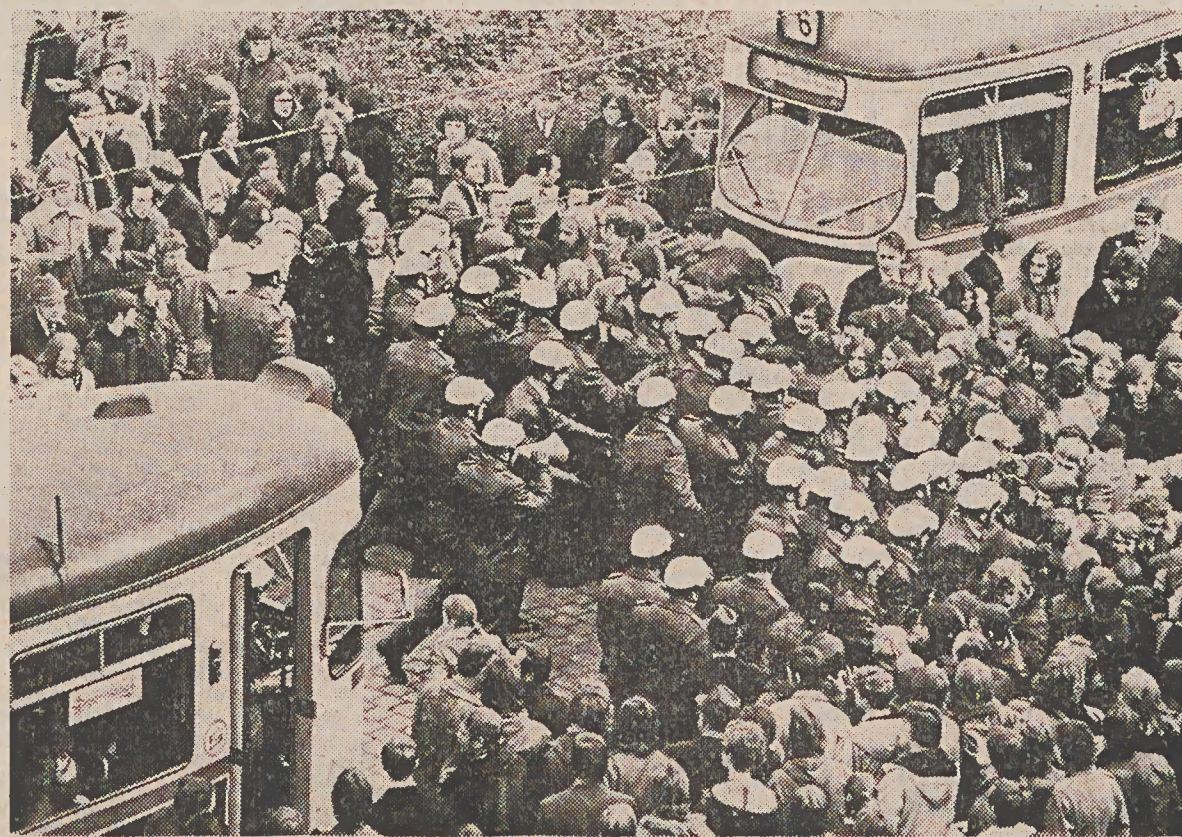
man sich zwar gezwungen, sich besser und gründlicher zu informieren, jedoch nicht objektiv zu berichten. So wurden Presseerklärungen der Aktion Roter Punkt teilweise nicht abgedruckt oder nur verstümmelt wiedergegeben. Es machte der Presse auch Spaß, über „Schlechte Organisation“ und „Pannen“ und über „Uneinigkeit bei den Demonstranten“ zu berichten. Die Ruhr-Nachrichten fühlten sich aber verpflichtet, ein Exklusiv-Interview mit unserem Polizeipräsidenten Graf von Hardenberg zu drucken. Eltern und Schülern sollte mit Hinweisen auf zivil- und strafrechtliche Folgen Angst gemacht werden.

Fleißig druckte man auch Anforderungen unserer Volksvertre-

ter (Köppler, Weyer) ab, die Polizei solle härter durchgreifen, was sie dann auch tat, nur davon berichtete die Presse dann nicht oder nur in verharmloster Form.

Spaß machte es der Presse offensichtlich auch, von der sog. Aktion Grüner Punkt zu berichten, die von der Bogestra gestartet wurde, um Antipathien in der Bevölkerung gegen den Roten Punkt zu erwecken. ... hat die Aktion „Roter Punkt“ die Vereinbarung gebrochen ... „Demokratische Gruppen haben sich von dieser Art der Demonstration distanzieren“. (Gemeint sind damit wohl die Jusos, die aus Furcht vor Konfrontation mit ihrer Partei die Aktion nicht offiziell unterstützen wollten.)

Die Aktion Grüner Punkt verketzerzte den Roten Punkt als radikale Minderheit und Halbkriminelle! Die Presse unterstützte diese Hetze und polemisierte in ihren in den letzten Tagen immer kleiner werdenden Artikeln gegen die Aktion Roter Punkt. Die alte Taktik: Am liebsten totscheiden und wenn man schreiben muß, dann entweder klar gegen die Aktion Stellung nehmen oder die Sache lächerlich machen. Auch große überregionale Zeitungen berichteten über den Roten Punkt. Eine Analyse dieser Artikel kann man sich an dieser Stelle ersparen. Sie würde ähnlich ausfallen. Bei einigen Artikeln lohnt es sich auch nicht. Da merkt man schon beim Anlesen, woher der Wind weht.



Helmut Schmidt betreibt Politik des Rechtskartells

Mit verdächtigem Elfer haben „Wirtschaftssachverständige“ und „Finanzexperten“ in letzter Zeit in Presse, Funk und Fernsehen die Bundesregierung aufgefordert, auf einen großen Teil der von ihr angekündigten Reformen zu verzichten, weil die Kosten dafür die Staatseinnahmen übersteigen und die Durchführung der Reformen Inflationenwirkung haben würden. Die CDU/CSU hat die Regierung Brandt mit entsprechenden Anfragen, die Springer-Presse hat sie mit drohenden Artikeln bedrängt, und unter der Wirkung dieser Kampagne hat das Bundeskabinett über Haushaltskürzungen beraten, und Bundeskanzler Brandt hat in einem Fernsehinterview am vorigen Donnerstag angedeutet, daß ein Teil der in seiner Regierungserklärung versprochenen Reformen aufgeschoben oder reduziert werden wird.

Da ist ein Erfolg jener Inflationwarner, die ihre Stimme nur dann erheben, wenn entweder von Lohnerhöhungen oder von Sozialreformen die Rede ist. Wenn sie wirklich der Inflationsgefahr entgegenzutreten wollten, hätten sie ihre Stimmen gegen die Preistreibe, die Gewinnanhäufung und die Steuerflucht der Unternehmer und ganz entschieden gegen die Hauptquelle der Inflation, die immer steigenden Rüstungsausgaben des Staates, erheben müssen. Es ist unehrlich, mit dem Argument mangelnder öffentlicher Mittel und drohender Inflation lange überfällige soziale Reformen stoppen zu wollen, aber gleichzeitig für weitere Erhöhungen der Rüstungsausgaben zu sein.

Dieser Vorwurf trifft nicht nur die CDU/CSU, die Springer-Presse und die kapitalistischen „Wirtschaftsexperten“. Er trifft auch den SPD-Verteidigungsminister Helmut Schmidt. Denn Schmidt widersetzt sich innerhalb der Regierung jedem Antrag, die Rüstungsausgaben nicht etwa zu senken — das vorzuschlagen wagt offenbar kein Minister oder Regierungsbeamter —, sondern nur weniger ansteigen zu lassen als vorgesehen. Es war innerhalb der Bundesregierung vorgeschlagen worden, von dem Wehretat, der schon mehr als 25 Milliarden DM jährlich beträgt und der bis 1972 um 3,6 Prozent, im Jahre darauf um weitere 1,4 Prozent und bis 1974 um abermals 3,5 Prozent steigen soll, einen Teil der Steigerungssumme, etwa 2 Milliarden DM für vier Jahre, einzusparen. Dagegen hat sich Helmut Schmidt erbittert zur Wehr gesetzt; einem „Spiegel“-Bericht zufolge soll er den Kanzleramtsminister Horst Ehmke, der die Einsparungsvorlage empfahl, mit den Worten angefahren haben: „Halt dich doch raus aus den Sachen, von denen du nichts verstehst!“, anderen Berichten zufolge soll Helmut Schmidt mit Rücktritt gedroht haben. Die Rücktrittsdrohung Schmidts ist inzwischen in einer Erklärung dementiert worden, die Regierungs-sprecher Ahlers „im Namen des Bundeskanzlers“ abgegeben hat. In der gleichen Erklärung wurde aber versichert, die Bundesregierung werde die „Bündnisverpflichtun-

gen“ und die äußere Sicherheit der Bundesrepublik nicht „aus finanzwirtschaftlichen Gründen beeinträchtigen lassen“ und es gebe „keinen Grund, den laufenden Streitkräfte- und Rüstungsplan der Bundeswehr einzuschränken“. Mit anderen Worten: Helmut Schmidt hat sich durchgesetzt. Soziale Reformpläne mag die Regierung aus finanzwirtschaftlichen Gründen zusammenstreichen; eine Einschränkung geplanter Rüstungssteigerungen aber darf es nicht geben.

Erst kürzlich haben Carl Friedrich von Weizsäcker und seine Mitarbeiter in ihrer großen Studie „Kriegsfolgen und Kriegsverbütung“ den Nachweis geführt, daß die Bundesrepublik im Fall eines Krieges nicht verteidigt, sondern nur zerstört werden kann. Die Bundeswehr und die Rüstung dienen also nicht unserer Sicherheit, sondern gefährden sie. Unserer Sicherheit kann allein eine Politik dienen, die uns vor einem Krieg bewahrt, und das ist eine Politik der europäischen Entspannung, Koexistenz und Zusammenarbeit. Den Weg zu ihr könnte die europäische Sicherheitskonferenz weisen, gegen die Helmut Schmidt, wo immer er kann, Propaganda treibt. Sogar gegen die Verkürzung der Wehrdienstzeit auf 6 Monate im neutralen und sozialdemokratisch regierten Österreich hat Helmut Schmidt — höchst unbefugt — Einspruch erhoben.

Auch gegen einen Abzug der US-Streitkräfte aus der Bundesrepublik macht Helmut Schmidt Propaganda. Das kommt uns teuer zu stehen, weil die USA für die Stationierung ihrer Truppen in Westdeutschland immer höhere finanzielle Zuwendungen der Bundesrepublik über den jährlichen „Devisenausgleich“ von bereits 3 Milliarden DM hinaus verlangen.

Helmut Schmidts Politik läuft darauf hinaus, soziale Reformen und friedensfördernde Politik um den Preis höherer Rüstungskosten und größerer Kriegsgefahr zu verhindern. Es ist die Politik, die von der CDU/CSU, der Springer-Presse und den Rüstungsindustriellen betrieben wird, die Politik des Rechtskartells, der die gesamte SPD/FDP-Regierung immer mehr nachgibt.

Statt Honnef jetzt Ausbildungsförderungsgesetz

Nach Formierung der Ausbildung die Formierung der Ausbildungsförderung.

Nachdem durch das HSchRGes und die HSchGes der Länder der wichtigste Schritt getan worden ist, um die Universität den Bedürfnissen der Konzerne und Monopole anzupassen (im 6-Semester-Kurzstudium werden fachdidaktische „Rezeptanwender“ produziert), wird die so eingeleitete Formierung des Ausbildungsbereichs flankiert und abgesichert durch die Formierung der Ausbildungsförderung. Alle Parolen von sogenannten „progressiven“ Bildungstheoretikern und Bildungspolitikern, „Chancengleichheit“, „Bürgerrecht auf Bildung“, „Familienunabhängigkeit“, die zur Begründung des Referentenentwurfs des AFÖG von Frau Strobel u. a. herbeizitiert werden, erweisen sich als ideologischer Popanz, wenn man Honnef und AFÖG vergleicht und den Zusammenhang zwischen HSchG und AFÖG nicht verliert.

1. Familienunabhängigkeit

Die Familienunabhängigkeit, ältester studentischer Kritikpunkt an den Honnefrichtlinien, wird im AFÖG beibehalten. Die Lüge, daß der einzelne bzw. seine Familie allein ein Interesse an seiner Bildung (Darlehen statt Zuschuß) haben, dient dazu, einen großen Teil der Ausbildungskosten auf die Studierenden und deren Familien abzuwälzen, anstatt sie von den Unternehmern zu verlangen, die später den größeren Profit aus den qualifizierten Arbeitskräften schlagen. Bezeichnend ist die Begründung für die Eigenbeteiligung der Studierenden und ihrer Familien an der Förderung: Das stärke die „Selbstverantwortung“ (!), ein typisches Unternehmerargument, seit Bismarck immer wieder hervorgeholt, wenn es um die Erhöhung von Krankenkassen- und Sozialbeiträgen für die Arbeiter ging. Beim Zahlen dürfen wir „selbstverantworten“, wenn es um Lehr- und Lerninhalte, Studienordnungen und Prüfungen geht, „verantwortet“ der Minister großzügig für uns.

2. Kanalisierung der Studentenströme

„Die Ausbildung wird gefördert, wenn die Leistungen des Auszubildenden erwarten lassen, daß er das angestrebte Bildungsziel erreicht (§ 9,1)“. Der nirgendwo klar definierte Begriff der „Eignung“ bietet ein vorzügliches Instrument zur Steuerung des Zugangs zur Hochschule, zur Festlegung des Studienfaches sowie zur Bestimmung der Zahl derer, die über das normale 6-Semester-Studium hinaus studieren dürfen. Im § 9,1 ist nämlich durchaus nicht gesagt, daß jeder

bedürftige Abiturient, der studieren will, auch als geeignet im Sinne des Gesetzes angesehen wird. Vielmehr ist zu erwarten, daß durch Selektion (Abiturnoten, Aufnahme-tests) genau die Anzahl von Bewerbern in denjenigen Fächern gefördert wird, die dem Arbeitskräftebedarf der Konzerne und Monopole entspricht. Während des obligatorischen 6-Semester-Zwangstudiums steht der Student dann bei Gefahr des Fördersentzuges unter ständigem Leistungsdruck.

Erreicht er die von den Ausbildungsförderungsämtern bzw. dem sogenannten „Studienberater“ vorgeschriebene Anzahl von Scheinen nicht, kann ihm das Geld gestrichen werden, weil es nicht mehr sicher ist, ob er in der vorgeschriebenen Zeit „das angestrebte Bildungsziel erreicht“. Auch in der Frage der Weiterförderung über 6 Semester hinaus ist der Student völlig der Willkür der Staatsbürokratie preisgegeben. Ob er geeignet ist oder nicht liegt in ihrem freien Ermessen. Sicher zu erwarten ist jedoch, daß sie sich nach der Lage des Arbeitsmarktes, d. h. nach den Verwertungsinteressen des Kapitals richten: Brauchen die Monopole mehr „Rezeptanwender“, werden Studenten mehr als 6 Semester gefördert, brauchen sie mehr „Rezeptmacher“, so werden mehr Studenten für „geeignet“ zur Weiterförderung befunden. Allein der Bedarf der Konzerne und Monopole an Arbeitskräften bestimmt die „Chancengleichheit“ in der Ausbildung, das so viel beschworene „Bürgerrecht auf Bildung“ hat sich den Verwertungsinteressen des Kapitals unterzuordnen.

3. Neuorganisation der Förderung
Hatten die Studenten bisher durch das Studentenwerk und in den Förderausschüssen noch eine gewisse Mitbestimmung, so zeigt die Tatsache, daß im neuen Akad. Förderungswerk der Staat alle Entscheidungsbefugnisse an sich zieht, die Reichweite der Formierung. Die Verwaltung wird nicht mehr den Studentenwerken überlassen, sondern staatlichen Ausbildungsförderungsämtern übergeben. Zwar sind noch Förderausschüsse bzw. Beiräte vorgesehen, aber sie haben nur noch beratende Funktion, die Ämter sind an ihre Vorschläge nicht gebunden. Außerdem werden die Mitglieder der künftigen Förderausschüsse vom Minister eingesetzt, wodurch auch obrigkeitstreuen ADS-Funktionären zu einem Pöbchen verholfen wird. Darüber hinaus ist der Minister nicht gesetzlich verpflichtet, Beiräte einzurichten.

Fortsetzung auf Seite 8

Ihre Kommilitonen können es bestätigen ...

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert



C. M. Schötteldreier

4630 BOCHUM

Herner Straße 107

Telefon 1 43 36

Service
Verkauf
Ersatzteillager

Wir reparieren — und tauschen nicht nur aus!

RUB-PUB ERÖFFNET

Seit vorgestern abend ist die Studentenkneipe rub-pub wieder eröffnet.

Die Studentenschaft wird in diesem Zusammenhang überall als Querulanten dargestellt, die den Polizeieinsatz vom 19. Februar hätte verhindern können, wenn sie den rub-pub von vornherein an das Studentenwerk übertragen hätte. Zwar hat diese jetzt ohne Komplikationen eine Konzession erhalten, doch die Studentenschaft hat die Kneipe nur abgegeben, um die schnelle Öffnung zu ermöglichen. Die Nichtgewerbsmäßigkeit des rub-pub (Einheitspreis von 0,50 DM zur Deckung der laufenden Ausgaben) muß beibehalten werden.

Verwaltungsgericht im Dienst von Rau

Inzwischen laufen wegen des rub-pub zwei hochschulpolitisch sehr interessante Prozesse beim Oberverwaltungsgericht Münster: das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hatte zwei Anträge der Studentenschaft zurückgewiesen, weil diese überhaupt dazu keine Rechtsform habe und außerdem die Wahrnehmung jeglicher sozialer Belange

Es gibt meines Wissens kein modernes Stück, das das Grundmotiv „Die Studenten und die Arbeiter“ beinhaltet. Ich bin zwar Schauspieler, aber ich möchte den Versuch unternehmen, in dieser Richtung zu arbeiten. Wer von Euch interessiert sich für so ein Experiment und möchte mit mir einmal in Verbindung treten? Meine Anschrift:

ANNETTE WYLER

Auf dem Beil 6

469 Herne

Telefonisch erreichbar:

(0 23 23) 5 62 00

nicht in ihren Aufgabenbereich fiel.

Es handelt sich hier nicht um die Aufwärmung des alten Rechtsstreits über die Körperschaftsqualität der Studentenschaften, sondern um die Festlegung der Ausgangsposition zwischen der Studentenschaft und der Ministerialbürokratie bezüglich der Anpassung der Universitäten an die staatlichen Formierungsvorhaben (§ 25 HSchG).

Neubau der Kindertagesstätte

Die Wartelisten in der Kindertagesstätte des Studentenwerkes werden immer länger. Die Reparaturen an dem Provisorium Kitag immer kostspieliger. Deshalb hat der Vorstand des Studentenwerkes den Neubau der Kindertagesstätte in Angriff genommen. Deshalb fand unlängst ein Gespräch zwischen dem Leiter des Planungsamtes der Stadt Bochum Nehammer, dem Vertreter des Jugendamtes Christ, dem Direktor des Akademischen Förderungswerkes Melchers und dem geschäftsführenden Vorsitzenden des Studentenwerkes Borchert im Rathaus statt. Ziel des Gesprächs war die Bedarfsermittlung für einen Neubau der Kindertagesstätte für Studentenkinder. Ergebnis der längeren Diskussion: Der Plan für die Errichtung einer Kindertagesstätte mit sämtlichen Abteilungen von der Säuglingsstation zum Hort mit insgesamt 250 Plätzen. Geplanter Standort: das neue Zentrum Querenburg in unmittelbarer Nähe der Universität. Da wegen der Problematik der laufenden Finanzierung der Bau einer Kinder-

tagesstätte für Kinder von Studenten und Universitätsangestellten nicht geplant werden kann, wurde auch dieses Problem angeschnitten. Die Universität wird deshalb in der nächsten Zeit auch ihren Bedarf an Kindertagesstättenplätzen anmelden.

Da im neuen Zentrum Querenburg verhindert werden soll, daß ähnlich wie in der Hustadt die Wohnungen fertig sind, die sozialen Einrichtungen aber fehlen, muß die Planung für die Kindertagesstätte möglichst schnell vorangehen. Der Vorstand des Studentenwerkes hofft, daß 1972 mit dem Bau begonnen werden kann. Bei der Planung der Kindertagesstätte sollen alle Möglichkeiten modernen Bauens ausgeschöpft werden, um den Kindern optimale Spiel- und Lernmöglichkeiten zu bieten. Gedacht ist u. a. an den Bau eines Lehrschwimmbekens und an die Errichtung eines Abenteuer-spielplatzes. Sämtliche Baupläne will der Vorstand des Studentenwerkes zusammen mit dem Tagesstättenrat der Kindertagesstätte entwickeln.

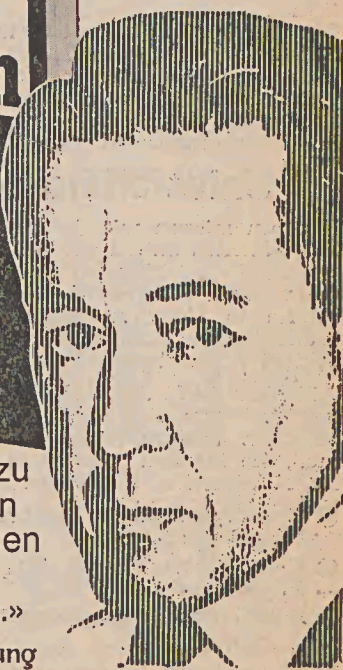
Solschenizyn
Nobelpreisträger 1970

Krebsstation
* Vorwort von Heinrich Böll

Ungekürzte
rororo
Ausgabe
nur DM 3,80
Band 2 erscheint im September 1971

«Die Krebsstation» nicht zu lesen bedeutet, die Augen vor dem wichtigsten neuen Werk der sowjetischen Literatur zu verschließen.»

Süddeutsche Zeitung



STUDIENPROBLEME

Nicht mehr vor sich hin studieren

Da sitzen 80 Studenten in einem Seminar und langweilen sich zu Tode. Der Seminarleiter spricht monoton vor sich hin. Gelegentlich meldet sich der „Streber vom Dienst“ und führt einen Dialog mit Gelehrten vorne. Sollten sich gar zwei oder drei Seminarteilnehmer an diesem Gespräch beteiligen, spricht der Seminarleiter nachher von einer „sehr lebendigen Lehrveranstaltung“.

In den Vorlesungen ist es noch schlimmer. 200 Studenten schreiben sich die vom Professor angegebene Literaturliste ab. Jeder stöhnt in Gedanken vor sich hin, denn „wer soll das alles lesen“. Es gibt Seminare, in denen Aufgaben verteilt werden, besonders in den naturwissenschaftlichen Disziplinen, und 70 Prozent der Seminarteilnehmer weiß schon während der Veranstaltung, daß er diese Aufgaben niemals allein wird lösen können.

Auf die einfache Idee, den Nachbarn zu fragen, ob man zusammen arbeiten wolle, kommen zwar viele. Selten jedoch traut sich einer, zu fragen. So studiert man weiter vor sich hin, wird entweder ein Arbeitsstier wie etwa viele Studenten der Ingenieurwissenschaften, die bis zu 60 Stunden wöchentlich arbeiten müssen. Oder man hört eines Tages auf, ist dem Leistungsdruck nicht mehr gewachsen und kommt immer mehr ins Hintertreffen. Das Gefühl stellt sich ein, ein Versager zu werden. Gelegentlich auch die ohnmächtige Wut über dieses System, dessen Leistungsdruck schlecht bis unmenschlich ist. Man weicht aus in Ersatzbefriedigungen, manchmal in die Neurose; selten führt dieser Zustand zu kritischem und politischem Handeln.

Die eigene, auf individuelle Leistung ausgerichtete Erziehung, der Konkurrenzdruck und das internalisierte Wertsystem verhindern das kritische Hinterfragen dieses unverständlichen Lehr- und Prüfungssystems. Ältere Semester sind häufig schon so weit sozial geschädigt, daß sie tatsächlich stolz sind auf individuelle Leistungen und es als persönlichen Mangel empfinden, wenn sie diese Leistungen nicht bringen können.

Die Fähigkeit jedoch, arbeitswillig und kooperativ zu arbeiten, ist nicht vorhanden oder verlorengegangen. Soziale Techniken, die dazu befähigen würden, hat niemand auf der Schule gelernt.

Kollektives Studium

Es ist ein Trick des autoritären Schul- und Lehrsystems, kooperative Techniken, kollektives Arbeiten möglichst zu verhindern. Denn durch kollektives Studium und Kooperation findet je gleichzeitig ein sozialer Lernprozeß statt, der Voraussetzung dafür ist, ein über die sachbezogene Kooperation hinausgehendes politisches Handeln erst zu ermöglichen.

Kollektives Studium bedeutet einfach, daß in Arbeitsgruppen, die sich auf eine gemeinsame Studientechnik geeinigt haben, viel weniger Zeit für die Aneignung des Stoffgebietes aufgewandt werden muß. Darüber hinaus hat sich gezeigt, daß Arbeitsgruppen sehr bald die gewonnene Zeit dazu verwenden, sich um die Angelegenheiten der Fachschaft, der Prüfungsordnungen usw. zu kümmern. Der per-

sönliche Leistungsdruck wird gemindert. Nicht jeder muß immer jede Lehrveranstaltung besuchen. Es genügt bei manchen Veranstaltungen, daß einer der Gruppe hingeht. In manchen Seminaren, in denen Referate verteilt werden, kann die Gruppe das kollektiv ausnutzen, um Scheine zu kriegen. Es gibt Arbeitsgruppen, die organisieren von älteren Semestern Mitschriften früherer Veranstaltungen, ja sogar Referate aus früheren Jahren und benutzen dieses Material, um schneller mit manchem langweiligen oder gar leicht schwachsinnigen Lehrstoff fertig zu werden. Auch mündliche Prüfungen kann man so leichter vorbereiten. Wenn man — vielleicht von älteren Semestern — weiß, welche Fragen der Prüfer jeweils bevorzugt, kann man sich leicht durch eine simuliert Situation in der Arbeitsgruppe vorbereiten, verliert die Nervosität vor der echten Situation und spart eine Menge Zeit und Nerven.

Gruppenarbeit

Der monotone Ablauf von Lehrveranstaltungen kann — falls die Gruppe das will — ebenfalls beeinflusst werden. Für die meisten Seminarleiter ist gruppendynamischer Hochschulunterricht ein Fremdwort. Arbeitsgruppenunterricht in Seminaren ist selten; wenn es doch mal vorkommt, daß ein Seminarleiter Gruppenunterricht einführt, scheitert es häufig an mangelnder Sachkenntnis über einfachste Gruppenprozesse. Inzwischen gibt es aber einige Erfahrungen mit gruppendynamischem Unterricht. Nach anfänglichen Schwierigkeiten stellten sich in der Hauptsache folgende Effekte ein:

Die Erarbeitung des Lehrstoffes geht schneller, zwar nicht so sehr, was die Menge des Lehrstoffes betrifft, sondern mehr die kritische Durchdringung und selbständige Erarbeitung des Stoffes. Die Kritik an den Unterrichtsmethoden wird stärker, gleichzeitig aber auch die Bereitschaft der Teilnehmer, alternative Methoden zur Seminar durchführung vorzuschlagen und mitzutragen. Das soziale Klima zwischen den Teilnehmern wird besser. Es gibt mehr Ansätze zur Gruppenbildung, zu effektiveren Arbeitstechniken und mehr Einsicht in soziale Zusammenhänge. Dadurch wird die kritische Auseinandersetzung mit dem gesamten Lehrsystem gefördert. Es ist — nach allen Erfahrungen — nicht mehr ohne weiteres möglich, die Teilnehmer eines gruppendynamisch geführten Seminars nach einiger Zeit einfach autoritär zu behandeln oder etwa autoritäre Prüfungsmethoden anzuwenden. Die Teilnehmer wehren sich dagegen. Der gesamte Unterrichtsstil wird sozialer, angstreicher, partnerschaftlicher.

Einige Seminarleiter richten von

sich aus „Arbeitsgruppen“ ein. Sie bestimmen den Gruppenleiter selbst; meist sind das die Teilnehmer, die hin und wieder im Seminar den Mund aufgemacht haben. Die bestimmen auch den Lehrstoff jeder Gruppe und die Zeit, in welcher sie diesen Stoff zu bearbeiten hat. Der Erfolg dieses Vorgehens ist der, daß sich die Arbeitsgruppen im Arbeitsstil überhaupt nicht vom monologisch geführten Seminar unterscheiden. Der vorher bestimmte Gruppenleiter treibt jetzt

die Teilnehmer zur Arbeit an, die Kontrolle wird schärfer, statt emanzipatorischer Prozesse kommt es zu verfeinertem psychischem Terror.

Kollektives Arbeiten ist ein sozialer Lernprozeß, der die erwünschten Nebenwirkungen hat, daß die Isolation und Frustration des einzelnen durchbrochen wird, die Voraussetzung geschaffen wird zu kritischem und politischem Handeln. Nichts ist an der RUB nötiger als das. bp

Das bringt die Formierung

Während die erste RUB-Verfassung von 1965 die Studentinnen und Studenten im Geiste der Universität zu gewissenhaftem Studium aufrief und ansonsten das Studium für lästigen Ballast der heiligen Wissenschaft hielt, versuchte die Biedenkopf-Verfassung Studienfreiheit und Teilnahme der Studierenden an Lehre und Forschung zu gewährleisten — diese Artikel wurden in Düsseldorf nur nicht genehmigt.

Wer noch nicht das Glück hat, in so hohem Semester zu sein, daß er binnen eines Jahres der RUB-Fabrik den Rücken kehren kann, muß sich schon jetzt auf die Studienreglementierung von Hochschulgesetz NRW (§§ 17-23) und Hochschulrahmengesetz (§§ 32-39 Reg. Entw.) einstellen.

Deren Tendenz ist es, nach außen hin möglichst „vernünftige“ Regelungen anzubieten, dadurch aber eine völlige Verschulung und Reglementierung zu erreichen.

Die Studienfreiheit ist seltsamerweise im HSchRG nicht geregelt, was soll's auch — im HSchG NRW steht schließlich auch nur, daß man das Recht hat, Lehrveranstaltungen

auch in anderen als den gewählten Studienfächern zu besuchen (§ 17). Man hat nach den „Studienreformen“ nur nicht mehr die Zeit dazu.

Wenn man sich schon damit abfinden muß, daß das Studienziel das berufliche Tätigkeitsfeld ist (§ 34 HSchRG) (dürfen diese Sozialen dann eigentlich noch studieren, wenn sie später ja keinen Beruf finden?), soll die Studienberatung sich nach dem in den einzelnen Fächern zu erwartenden Bedarf ausrichten (§ 18 HSchG NRW). Künftig erhält man in der Studienberatung nicht mehr individuelle Studienhilfe, sondern wird nach den Interessen unserer Wirtschaft „beraten“.



Wozu Studienordnungen?

Kann man denn ohne eine Studienordnung überhaupt „richtig“ studieren? Wer hier zunächst aufgebracht ist und Chaos wittert, muß sich beruhigen lassen: man kann nicht nur, sondern man muß sogar!

Die Bedeutung von Studienordnungen ist bislang kaum beachtet worden; sie geht aber zweifellos über das hinaus, was ein Kumi-Erlass von 1968 feststellte: „Grundlage für die Aufstellung einer Studienordnung ist der Rahmen, den die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den Studiengang setzt“.

Hiermit kommt man der Realität schon ziemlich nahe. Wer hat schon das „Glück“ einer staatlichen Prüfungsordnung, die wie die Approbationsordnung der Mediziner jeden Handgriff auch im Studium zwingend vorschreibt oder die wie bei den Juristen zwar Platz für eine

Studienordnung läßt, welche dann aber nur schönes Geschwätz enthält, nach dem sich selbst kein Lehrender mehr richtet?

Die meisten Studentinnen und Studenten müssen nach einer Prüfungsordnung studieren:

● Mehrere Abteilungen besitzen überhaupt keine Studienordnung, sondern haben nur in den Prüfungsordnungen einige Studienanforderungen gestellt.

● In anderen Abteilungen gibt es zwar Studienordnungen, doch diese sind völlig veraltet und bieten den Studierenden heute keine echte Hilfe mehr; es bleibt daher nichts anderes übrig als die reine Orientierung aufs Examen.

● Dasselbe ist der Fall bei solch gelehrigen Studienordnungen, die aber auch wirklich alles, was man überhaupt in diesem Fach machen kann, in die Ordnung hineingepackt haben. Die hieraus resultierende Falschorientierung der Studentinnen und Studenten wäre vermeidbar.

● Bei manchen Abteilungen wurde eine Studienordnung von der rein professoralen Fakultät ausgeklügelt und nicht weiter ans UP geleitet, welches hier zustimmen mußte. Auf diese Weise müssen sich die Studierenden an Richtlinien halten, die wohl bei einer Mitwirkung von Assistenten und Studenten sofort aufgehoben würden.

● Und was nützt schließlich die schönste Studienordnung, wenn bei dem hier herrschenden Leistungsdruck in der vorgeschriebenen Semesterzahl nur so gerade die Examensvoraussetzungen erfüllt werden können. Wozu eigentlich richtige Studienordnungen, wenn man auch so schön studieren kann?

Nur mit einer Studienordnung, die nicht aufs Examen hin orientiert ist, kann man eventuell die Chance erhalten, nach seinen Fähigkeiten und nicht nach dem Bedarf der Wirtschaft zu studieren. Vor allem müssen die Studienordnungen die Möglichkeit eines Baukastenstudiums in verschiedenen Fächern mit individuellem Abschluß enthalten, wenn überhaupt noch die Forderung nach „wissenschaftlichem“ Studium aufrechterhalten werden soll.

Wie wär's, wenn Ihr Euch mal in Eurer Abteilung um das Zustandekommen einer vernünftigen Studienordnung kümmern würdet? ee

Verantwortlich für diese Seite:

Erich Eisel — SHB

In der nächsten BSZ

● PRÜFUNGSERROR

Wann sind Seminare autoritär?

Kaum ein Ruhrstudent dürfte mit dem Verlauf seiner Seminare zufrieden sein. Allerdings sind die meisten von uns nicht in der Lage, über Unmutsgefühle hinauszukommen, ihre Frustrationen zu verbalisieren und die Faktoren zu erkennen, die unterdrückend wirken, dafür verantwortlich sind, daß man sich nicht „wohlfühlt“ in Seminaren. Dieser Beitrag soll versuchen, einige Symptome anzugeben, anhand derer man die Seminarstruktur erkennen und beurteilen kann. Je mehr der angeführten Faktoren vorhanden sind, desto notwendiger ist es, gemeinsam das Seminar zu verändern.

Das autoritäre Seminar zeichnet sich dadurch aus, daß der Seminarleiter die dominierende Figur ist. Achtet während der Sitzungen auf folgende Symptome:

● Wieviel redet der Seminarleiter? Wieviel Studenten kommen zu Wort? Verteilt der Seminarleiter — und nur er — die Fragen? Um bestimmte Fragen stellen zu können, hat man bestimmte Vorentscheidungen getroffen. Wenn der Seminarleiter der Hauptfragesteller ist, bestimmen nur seine — nicht ausgesprochenen, nicht diskutierten — Vorentscheidungen den Seminarverlauf, was zu Überforderung, unstrukturierter Diskussion, Aneinander-Vorbeireden, oder schlimmer, zu methodologischen und ideologischen Weichenstellung führt, wie der jeweilige Stoff zu behandeln sei. Unter der Hand wird der Ansatz des Seminarleiters als der einzig mögliche akzeptiert.

● Behält der Seminarleiter das letzte Wort? Das sieht meistens so aus, daß der Assistent oder Professor mit den Worten „Wenn ich mal zusammenfassen darf ...“ eine einseitige Interpretation der gelaufenen Diskussion gibt. Die unstrukturierte — weil nicht an den Bewußtseinsstand der Teilnehmer, sondern an den vom Leiter aufgeworfenen Fragen orientierte — Diskussion wird wieder aus dessen Bewußtsein heraus „zusammengefaßt“. Dieses „Ergebnis“ ist dann greifbarer, verständlicher als der Diskussionsverlauf und wird von den Studenten sofort eifrig notiert, indem sie ihre während der Diskussion nicht gestellten Fragen, Zweifel, noch nicht artikulierbaren Widersprüche etc. schnell unterdrücken und verdrängen: Frustration, nimm deinen Lauf!

● Stellt der Seminarleiter Fragen, deren Antworten er schon kennt? Will er also bestimmte Antworten hören? Dies ist die Methode unserer meisten Studienräte, beim Vokabelabfragen akzeptabel, in „wissenschaftlichen“ Seminaren nie und nimmer. Jedoch zeichnen sich

die meisten Seminarleiter durch Studienratsmentalität aus: Nach dem Abitur muß jeder ganz von vorne anfangen, wie ein Sextaner. Laßt euch nicht ins Bockshorn jagen! Das Glücksgefühl, einmal die vom Seminarleiter gewünschte Antwort gegeben zu haben, ist in Wahrheit Arschkriecherei!

Das autoritär initiierte Seminar bleibt nicht ohne Wirkung auf dessen Teilnehmer. Sie fügen sich den (kapitalistischen) Prinzipien des Konkurrenzkampfes und der Vereinzelung, die sie ja von der Schule her gewöhnt sind. Ein weiteres Prinzip, der Leistungsdruck, ist gegenwärtig nur in manchen Fakultäten (Math.-natw.) und manchen Seminaren vorhanden, da viele patriarchalische Ordinarien ihre Wissenschaft noch als Freizeitgestaltung betreiben können und infolgedessen sich und ihren Studenten wenig Arbeit bereiten; das wird sich jedoch nach vollzogener Technokratisierung ändern (Hochschulgesetz).

Um den Grad des Konkurrenzkampfes und der Vereinzelung festzustellen, solltest du auf folgendes achten:

Wie groß ist die Kommunikation zwischen den Seminarteilnehmern? Wie oft redet du mit anderen Studenten aus deinen Seminaren? Möchtest du nicht öfter mit ihnen reden? Warum „geht das nicht“? Bekommst du aufgrund deiner Isolierung Minderwertigkeitsgefühle?

Es bleiben zwei Wege: totale Anpassung, Einstimmen in die vorhandenen autoritären Seminarformen oder ihre Veränderung.

Wenn du die dich frustrierenden Seminare verändern willst, mußt du dir deine Frustration bewußt machen. Frage bei jedem auftretenden Unmut während der Seminare, warum du gerade jetzt unzufrieden bist, dich bei der ganzen Sache nicht wohlfühlst, langweilst, am liebsten davonlaufen würdest ... Sprich über solche Situationen mit deinen Bekannten und Kommilitonen aus den Seminaren ...

Mach den Anfang und du wirst sehen, daß sie die gleichen Probleme haben (manche wollen es nur nicht zugeben!). Wenn ihr zu mehreren diskutiert, die Fachschaft um Unterstützung angeht, könnt ihr in

den Diskussionen eure Frustration in Aggressionen umsetzen und diese gegen die Ursachen der Frustration, eben gegen die autoritären Seminare samt ihren autoritären Leitern richten. —est—

Wertfreies Studium

Die Zahl der Studienanfänger in den „Naturwissenschaften“ steigt von Jahr zu Jahr. Mit meist ungenügenden Vorkenntnissen kommen sie von der Schule, die ihnen mit ihrer Vielzahl von unterschiedlichen Fächern das Leben schwer machte. In der Hoffnung, nun endlich und ausschließlich das Fach ihrer Wahl studieren zu können, immatrikulieren sie sich und wissen meist nicht, was sie erwartet.

Der Stundenplan ist vollgepropt mit Pflichtvorlesungen und Praktika, bei denen die Anwesenheit ständig kontrolliert wird. Die ersten vier Vorlesungsstunden bereiten dem Anfänger verständnislos, doch dann machen sich immer mehr die Lücken in seiner „naturwissenschaftlichen Vorbildung“ bemerkbar; zudem sind die Vorlesungsstunden didaktisch oft so ungeschickt aufgebaut, daß man Mühe hat, so etwas wie einen roten Faden zu erkennen — ganz abgesehen von der erdrückenden Stoffmenge, mit der man wie selbstverständlich konfrontiert wird.

Macht der so bedrängte und schon gehörig frustrierte Student nun den Versuch, ein Protokoll von jeder Stunde anzufertigen, um sich in zeitraubender häuslicher Ausarbeitung einen Durchblick durch diesen Faktenwust zu verschaffen, so hilft ihm das meist auch nicht weiter; ganz im Gegenteil: Da gerade für ihn die Unterscheidung von inhaltlich Wichtigem und Unwichtigem kaum möglich ist (der Lehrende mit einer oft völlig unverständlichen Schwerpunktsetzung macht es ihm auch nicht gerade leichter!), treibt seine Frustration einen Höhepunkt zu.

Während dieser Zeit haben viele Studentinnen und Studenten von ihrem naturwissenschaftlichen Stu-

dium die Nase voll; — sie wechseln über in eine andere Disziplin.

Ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen entwickeln sich nicht selten zu dem typischen Naturwissenschaftler:

unkritischer Fachidiot, bei dem politisches Interesse oder politisches Engagement die Ausnahme sind, und der sich mit geradezu masochistischem Interesse einem kontinuierlichen Strom von Klausuren und Prüfungen unterwirft. Diese Leute sehen die Naturwissenschaft als vollkommen wertfrei an und vermeiden jede Reflexion über ihre Anwendung und Funktion in der Gesellschaft.

Allen, die nicht so werden wollen und sich dennoch zu einem naturwissenschaftlichen Fach hingezogen fühlen, kann man nur raten:

● Überwindet eure persönliche Isolation, arbeitet im Kollektiv: Kollektivarbeit ist meist ergiebiger und macht mehr Spaß;

● Unterzieht das Stoffangebot einer ständigen kritischen Prüfung! ● Lest nicht nur ausschließlich die empfohlenen Standardwörter, sondern seht Euch auch nach gebräuchlichen und weitaus bequemer Repetitorien und dergleichen um! (Ältere Semester werden Euch gern behilflich sein!);

● Macht um Gottes Willen auch noch etwas anderes! (Wie wäre es z. B., dabei mitzuhelfen, die Revolution voranzutreiben?) wg

Studienreform – aber wie?

Die Studienreform ist das zentrale Problem im Rahmen der von allen Gruppen und auf allen Ebenen — allerdings mit unterschiedlicher oder gar entgegengesetzter Intention — geforderten Neuordnung des Bildungswesens.

Der Staat als Interessenvertreter des Kapitals versucht, die Universität direkt nutzbar zu machen für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch Verkürzung der Studienzeit, Berufslenkung, Bestimmung der Lehrinhalte etc. Die Studenten dagegen wollen eine emanzipatorische Wissenschaft durchsetzen, die die Studenten nicht zu integrierten und unkritischen Mitverwaltern des Kapitalismus macht, sondern sie dazu bringt, die Mechanismen des kapitalistischen Systems zu erkennen und aktiv für die Überwindung dieses Systems zu kämpfen.

Angesichts des gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisses und der geringen Bereitschaft breiter Teile der Studentenschaft, sich aktiv an der Gestaltung ihres Studiums zu beteiligen, ist es illusorisch zu glauben, daß die Formierung des Studiums insgesamt abgewehrt

werden kann. Trotzdem ist es erforderlich, auf allen Ebenen den Kampf gegen die Formierung, für eine emanzipatorische Wissenschaft zu führen.

Im Rahmen dieses Kampfes bleiben Beschlüsse eines Universitätsparlaments, z. B. den Numerus Clausus für Bochum nicht zu akzeptieren oder staatliche Studienordnungen abzulehnen, notwendig deklamatorisch und ohne jede Wirkung, solange sie nicht von der Studentenschaft und den fortschrittlichen Teilen der Assistentschaft praktisch umgesetzt werden. Eine Reform des Studiums, wie wir sie anstreben, kann nicht von oben beschlossen, sondern muß von den Studenten selbst von unten her erarbeitet und erkämpft werden. Sie muß ansetzen an den konkreten Studienproblemen, mit denen jeder Studierende Tag für Tag konfrontiert wird.

Universitätskommission für Lehre

Daneben müssen wir jedoch alle Möglichkeiten nutzen auf der Zentralebene die Diskussion über eine umfassende progressive Studienreform in Gang zu setzen und grundsätzliche Kriterien für eine solche Reform zu erarbeiten.

Konkret heißt das, daß die Universitätskommission für Lehre sich verstärkt den Aufgaben widmen muß, die ihr laut Verfassung der Ruhr-Universität übertragen sind:

- Grundsatzfragen des Lehrbetriebes und des Studiums
- Koordinierung der Studien- und Prüfungsordnungen
- Koordinierung des Lehrangebots.

Es reicht nicht aus, wenn die Lehrkommission ihr von den Abteilungen vorgelegte Ordnungen anhand von ad-hoc-Kriterien überprüft. Voraussetzung für eine umfassende Erledigung solcher „Auf-

tragsarbeiten“ ist die grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Funktion und den politischen Implikationen von Lehre und Studium und damit zusammenhängend die Diskussion der Funktion der Universität innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Das Ergebnis dieser Diskussion muß ein Katalog inhaltlicher Bestimmungen sein, der in alle Studien- und Prüfungsordnungen eingearbeitet werden muß.

Diese Arbeit setzt eine ständige Korrespondenz mit den einzelnen Abteilungen voraus. Die Arbeit der Universitätskommission für Lehre kann nur sinnvoll sein, wenn sie durch Initiativen der Basis unterstützt wird. Diese Initiativen zu entfalten und in langfristigen konzeptionellen Arbeit an Studienreformmodellen einmünden zu lassen, ist Aufgabe jedes einzelnen Kommilitonen! R.Z.-E.

US-Chaos in Laos

FAZ-Weinstein: „Der Sieger kann nur Nixon heißen.“

Am 8. Februar dehnten die USA den Indochinakrieg auf Laos aus. Es ging ihnen darum, „den Krieg abzukürzen und die US-Truppen schneller abziehen zu können“.

So jedenfalls die offizielle Darstellung. In Wirklichkeit sollte auf diese Weise der Nachschub für die südvietnamesische Befreiungsbewegung gestoppt und damit eine bessere Ausgangsposition zur Weiterführung des organisierten Völkermordes geschaffen werden. Daraus ist nichts geworden.



Wochenlang waren die Erfolgsberichte der US-Invasoren und ihrer südvietnamesischen Hilfstruppen von den skeptischen Kommentaren der Weltpresse begleitet. Ob es die Zielsetzung des Überfalls oder die wortreichen Kommentare der US-Public-Relationsoffiziere waren — das verzweifelte Unternehmen der US-Generalität und ihres Oberbefehlshabers im Weißen Haus begegnete wachsender Kritik. Der völlige Zusammenbruch während der beiden letzten Wochen, die schrecklichen Verluste der Südvietnamesen wie der US-Luftflotten, die mehr als 50 Prozent ihrer Hubschrauber verloren, bildeten einen schrecklichen Kontrast zu den Stimmen aus dem US-Oberkommando sowie aus der Umgebung Nixons. So schrieb die britische „Financial Times“, das Blatt der Londoner Geschäfts- und Bankenwelt:

„Das Unternehmen weckt kaum Vertrauen ... Die verbale Zweideutigkeit ist um so mieser, als Nixon selbst die Amerikaner aufforderte, seine Regierung nicht nach ihren Worten, sondern nach ihren Taten zu richten. Nun gut — sie wirft heute ihre Bomben auf vier Länder und hat zwei unmittelbar überfallen, um eines angeblich verlassen zu können ...“

Die französische „Le Monde“ schreibt, daß dies das Ende der „Vietnamisierung“ des Krieges bedeute und läßt ihren Korrespondenten aus Khe Sanh berichten, mit welcher verzweifelter Hast sich die aus dem laotischen Chaos Geketteten und die rund 5000 US-Soldaten eingraben — der rettende Stützpunkt ist zur Mausefalle geworden, denn die Höhen rund um Khe Sanh sind von den Truppen der Vietnamesischen Befreiungsarmee besetzt und die landenden Hubschrauber liegen unter Feuer überfallen. Ein südvietnamesischer Offizier berichtet dem Korrespondenten: „Wir hatten höllische Angst vor den B 52, daß sie uns treffen könnten. Aber auf die Nordvietnamesen können sie keinen Eindruck machen — sie schossen selbst im Bombenhagel noch ihre Granatwerfer und Raketen auf uns ab. Es sind Tiger ...“

„Le Monde“ erinnert dann daran, daß gerade Khe Sanh von den US-Marines nach mehrwöchiger Belagerung vor zwei Jahren unter großen Verlusten aufgegeben werden mußte. Ein anderer südvietnamesischer Soldat berichtet, daß sie seit Tagen von ihren „US-Alliierten“ im Stich gelassen wurden



Richtig — Wichtig!

kriegsforschung abgelehnt

die reformvorschläge zur neuordnung der ausbildung in der bundeswehr stießen bei den delegierten der 23. vds-mitgliederversammlung auf heftigste ablehnung: man richtete einen appell an studenten, assistenten und professoren, jede zusammenarbeit mit der bundeswehr abzulehnen und keine diesbezüglichen forschungsaufträge anzunehmen.

cdu/csu contra vds

im cdu-presseamt hieß es kürzlich, der vds bliebe weiter auf „extremem linkskurs“, die zur „täuschung der öffentlichkeit und der bundesregierung inszenierte show“ einer mitgliederversammlung, die den von linksradikalen funktionären kontrollierten studentenverband formal auf eine verfassungstreue linie zurückführen sollte, sei gescheitert, und der vds solle deshalb keine unterstützung aus bundsmitteln erhalten.

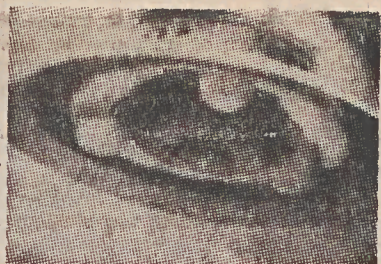
juristen-ausbildungsreform?

dem rechtsausschuß des bundestages liegen gesetzentwürfe der bundesregierung und der opposition zur änderung des deutschen richtergesetzes vor. beide gesetzentwürfe zielen darauf ab, den juristischen vorbereitungsdienst von bisher 30 monaten auf 21 bzw. auf 24 monate herabzusetzen. gleichzeitig soll mit dem regierungsentwurf eine klausel in das DRiG aufgenommen werden, die es den bundesländern erlaubt, neben der heute zweiphasigen juristischen ausbildung künftig auch eine einphasenausbildung einzuführen.

heeresakademie staatlich anerkannt

das hessische kultusministerium hat jetzt das betriebswirtschaftsstudium an der heeresakademie für maschinenwesen in darmstadt staatlich anerkannt. an den akademien des heeres in münchen und darmstadt können offiziere studieren, um ingenieur (grad.) und betriebswirt (grad.) zu werden.

Die Chancen des Oberleutnants Günter Lang-Lendorff (26 Jahre)



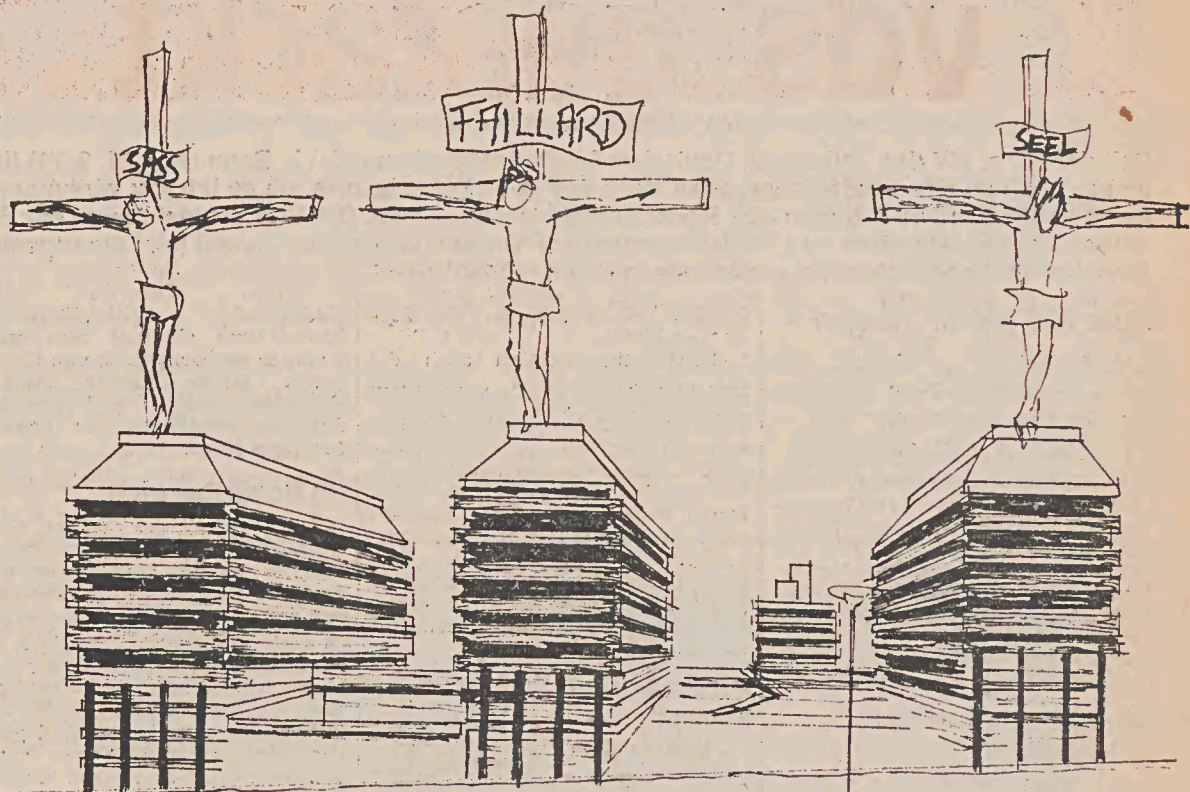
—oder warum ein Heeres-Offizier besonders vielseitig sein muß

Und noch ein guter Rat

Wenn Sie sich von Zeitungen und Broschüren der Deutschen Unionsstudenten (DSU, in Bochum BSU) „informieren“ lassen wollen, beachten Sie bitte folgende **Lesehinweise**:

1. Wenn die BSU markige Reformbekenntnisse ausspricht, überlegen Sie selbst, wie naiv man über die parlamentarische Demokratie im westdeutschen Kapitalismus denken muß, um diese durchgreifenden Reformen mit der „sozialliberalen Alternative“ durchsetzen zu wollen.
2. Wenn die BSU die AStA-Koalition als „orthodox, marxistisch, konservativ, dogmatisch“ bezeichnet, dann denken Sie daran, daß die BSU — nachdem sie selbst mit dem SHB hatte koalieren wollen, diesem jetzt nur noch mit Verleumdung glaubt beikommen zu können.
- nur durch den Appell an latenten Antikommunismus davon ablenken kann, daß sie im vergangenen Semester zu keinem Zeitpunkt eine Alternative zur AStA-Politik nennen konnte
- die Mitarbeit des FHV (Freidemokratischen Hochschulverbandes) im AStA natürlich unterschlagen muß.
3. Wenn die BSU sich über das Studentenwerk, die BSZ oder Finanzangelegenheiten als ihr beliebtestes Spielfeld ausläßt, beachten Sie bitte, daß die BSU bisher nur dadurch zu einigen „Alternativen“ gefunden hat, daß sie die Tatsachen verdreht hat.
- Der AStA informiert nach Kräften, gibt auch zu Detail-Verleumdungen gern Auskunft, nur ist ihm die BSZ für laufende Richtigstellungen zu teuer — Ihnen hoffentlich zu schade.

FROHE OSTERN!



Opferlamm der US-Justiz

Aus Anlaß des Internationalen Frauentages am 8. März erlebte die Bewegung zur Rettung Angela Davis' einen Höhepunkt. Um die Freilassung der mutigen schwarzen Kommunistin zu erreichen, hat sich die fortschrittliche Öffentlichkeit der ganzen Welt erhoben. In den letzten Wochen waren die Nachrichten über die in San Rafael eingekerkerte Angela Davis äußerst dürrig. Man erhielt den Eindruck, daß die Behörden, die während der Jagd auf Angela Davis und unmittelbar nach ihrer Festnahme ostentativ die Öffentlichkeit gegen sie einzunehmen suchten, in letzter Zeit ebenso ostentativ beweisen wollen, daß der Prozeß gegen Angela Davis für die USA nichts weiter als ein gewöhnlicher Kriminalfall sei.

FREIHEIT FÜR ANGELA DAVIS!

Diese gespielte Gleichgültigkeit ist durchaus erklärlich. Angesichts der beispiellosen Protestbewegung in aller Welt suchen die Behörden den politischen Widerhall des Prozesses gegen die Kommunisten zu bekämpfen. Der Negerschriftsteller James Baldwin schrieb, die Behörden hofften, „Angela Davis dadurch kleinzuwirken, daß sie sie von der Umwelt isolieren und mit einem Vorhang des Schweigens umgeben“.

Aber selbst die dürrigsten Nachrichten aus Kalifornien lassen erkennen, wie hartnäckig um Angela Davis eine Mauer ungerechtfertigter Anschuldigungen gezogen wird. Erst nach dringenden Forderungen haben ihre Anwälte endlich die stenografischen Sitzungsprotokolle „in Sachen Davis“ bekommen. Jetzt erkennt man besonders klar, warum sie geheimgehalten worden sind. Sie sprechen nicht gegen, sondern für die Angeklagte. Wie ersichtlich, stützt die Polizei ihre Anschuldigung auf die Aussagen zweier Zeugen: eines Tankstellenwärters und des Verkäufers einer Waffenhandlung. Sie haben behauptet, Angela Davis einmal zusammen mit dem 17jährigen Neger Jonathan Jackson gesehen zu haben, der Negerhäftlinge zu befreien versuchte und vor dem Gerichtsgebäude von Polizeikugeln niedergestreckt wurde. Als es so weit war, daß diese „Zeugen“ Angela Davis auf Fotos identifizieren sollten, konnte das keiner von ihnen.

Und noch ein aufschlußreiches Detail, das zeigt, wie die Behörden „Schuldbeweise“ gegen die Kommunistin zu sammeln trachten. Ruckell Magee, der gemeinsam mit Angela Davis angeklagt ist, wurde geknebelt dem Gericht vorgeführt, und der Richter erklärte, das geschehe, weil Magee den ihm vom Gericht gestellten Anwalt „zu schroff“ zurückgewiesen habe.

Wie die weiteren Geschehnisse erkennen lassen, hatte das Gericht alle Ursache, Magees Aussagen zu fürchten. Einige Tage später teilte Magee mit, der für ihn bestellte Rechtsanwalt Bjorklund habe ihm

geraten, zu gestehen, daß er die Waffe, von der er bei dem Befreiungsversuch in San Rafael Gebrauch machte, von Angela Davis bekommen habe. Man versprach ihm, alle Anschuldigungen gegen ihn niederzuschlagen. Sollte er die Aussage jedoch nicht machen, so habe er — drohte der Anwalt — als Komplize der Davis den elektrischen Stuhl zu erwarten. Das Zureden half aber nichts. Magee besteht nach wie vor darauf, daß bei dem Befreiungsversuch nur die Gefängniswache und die Hils-scheriffs geschossen hätten.

„Nichts kann mich dazu zwingen, den Kampf für die Befreiung meines Volkes einzustellen. Ich werde mich so lange nicht frei fühlen, wie mein ganzes Volk nicht frei ist“, erklärte sie. Angela Davis weiß, daß das ganze demokratische, gegen Krieg, für Freiheit und gleiche Rechte kämpfende Amerika auf ihrer Seite ist. „Ich bin aus rein politischen Gründen verhaftet worden“, sagte sie. „Durch meine Verurteilung für ein Verbrechen, das ich nicht begangen habe, will mich die Regierung zum Schweigen bringen.“

Der Fall Angela Davis zeigt, daß der Angriff auf Bürgerrechte und Demokratie in den USA sehr ernste Formen annimmt. Es gibt aber auch ein anderes Amerika, das sich nicht einschüchtern läßt.

Selbst amerikanische Soldaten in Südvietnam, darüber verzweifelt, daß sie in diesen schmutzigen Krieg gezwungen wurden, schließen sich dem Protest an. Sie demonstrieren vor dem Gebäude des Armeekommandos in Saigon mit Spruchbändern: „Freiheit für Angela Davis!“

Die Bewegung für die Rettung von Angela Davis nimmt Massencharakter an. Professor Kalish erklärte auf einer Kundgebung auf dem Gelände der California-Universität: „Wir sind der festen Überzeugung, daß Angela Davis nach ihrer Freilassung als Dozentin an unsere Universität berufen werden kann. Dies steht ihr zu Recht zu. Unsere Universität braucht Angela Davis.“

RUB
PUB

50 Pf.
EIN-
HEITS-
TA-
RIF

RUB
PUB

Mehr Studenten, mehr Hochschulpolitik, mehr Zusammenarbeit

vds gestärkt

Seit der 23. o. MV des Verbandes Deutscher Studentenschaften (vds) in Bonn (18. - 21. 3. 71) liegt es nur noch an den Studentenschaften der einzelnen Hochschulorte, ob es jetzt zu wirkungsvollen Kampfmaßnahmen gegen die Hochschulformierung kommt. Der VDS als Instrument der Studenten, lokale Aktivitäten zu koordinieren und konzentriert vorzugehen, bietet jetzt die organisatorischen und politischen Voraussetzungen dafür.

Über 300 000 Studenten

Mit der Aufnahme von neun weiteren Hochschulen (darunter als letzte große Köln und Münster) sind etwa 90 Prozent aller Studentenschaften im vds zusammengeschlossen, mit über 300 000 Studenten. Niemand kann mehr daran vorbeigehen, daß der vds der Gesamtverband der westdeutschen Studenten an den Hochschulen ist. Die Hoffnungen rechter Studentenfunktionäre von RCDS und DSU und ihrer politischen Brötchengenossen auf einen bequemen Spalterverband wie die aufgelöste ADS, sind damit endgültig gescheitert.

Gewerkschaftliche Orientierung

Der vds versteht sich als Dachverband mit gewerkschaftlicher Orientierung, d. h. er will nicht politische Zentrale einiger Hochschulgruppen sein, sondern quasi gewerkschaftliche Interessenvertretung aller Studenten zur Durchsetzung ihrer sozialen, studienbezogenen und politischen Interessen, sofern sie nicht ständisch-elitär sind.

Im Rahmen seiner Mehrheitsbeschlüsse bietet der vds allen Studenten Raum zur Mitarbeit in Projektbereichen, Fachkonferenzen und lokalen Projekten. Zum gewerkschaftlichen Selbstverständnis gehört auch die verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Organisationen des Ausbildungsektors (z. B. BAK, GEW) und mit Teilen der Gewerkschaften.

Breite sozialistische Koalition

Der neue Vorstand des vds, Matthias Albrecht, Bonn (SHB), Heiner Hesel, Frankfurt (SHB), Dirk Krüger, Wuppertal (Spartakus), Ludwig Würfl, München (SHB), wird von einer breiten Koalition aus SHB (der etwa die Hälfte aller Delegierten stellte) und Spartakus getragen, und die Hauptresolution mit dem Aktionsprogramm wurde mit etwa zwei Drittel der Stimmen beschlossen. Als Opposition traten fast nur Vertreter von verschiedenen Roten Zellen und ML-Gruppen auf.

Insgesamt kann niemand mehr bestreiten, daß die westdeutschen Studenten mit übergroßer Mehrheit sozialistische Gruppen mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt haben.

Versachlichung

Die Diskussion auf der 21. MV führte zur Konzentration auf die hochschulpolitischen Aufgaben und war durch immer größere Sachlichkeit ausgezeichnet. So gelang es, nach kontroverser Diskussion zwischen linkem SHB-Flügel (u. a. Bochum, Göttingen, Gießen) und Spartakus über die Einschätzung der politischen Situation (SPD, Rechtsentwicklung) und die Bewältigung der Hauptaufgaben (z. B. Mitbestimmungspolitik) eine Hauptresolution auszuarbeiten, die den Diskussionsstand zur relativen Zufriedenheit beider Richtungen ausdrückt und eine klare Grundlage

für die weitere Tätigkeit des Vorstandes bietet.

Gleichzeitig konnten auch die Auseinandersetzungen zwischen Spartakus und den Antirevisionisten (Rote Zellen, ML-Gruppen) immer mehr von der Polemik befreit werden, die noch die letzte MV in Marburg vergiftet hatte. Durch Einsatz des SHB konnten z. B. zwei Entwürfe zur Vietnam-Politik von Uni München (Rote Zellen) und Spartakus so umgearbeitet werden, daß eine einstimmige Vietnam-Resolution möglich wurde.

Antimperialistischer Kampf

Die Resolution zum antimperialistischen Kampf, darunter der Beitritt des vds zum IUS (Int. Studentenbund) wurden mit großer Mehrheit angenommen, teilweise einstimmig, wie die Palästina-Resolution oder die Vietnam-Resolution, die den vds und die ASTen auffordert, antimperialistische Kampfwochen zu initiieren, sich den örtlichen Indochina-Komitees anzuschließen sowie die amerikanische Antikriegsbewegung und sozialistische Opposition zu unterstützen.

Im Kampf für ein demokratisches Bildungswesen

sollen die Hauptaufgaben des vds laut Hauptresolution und Einzelanträgen sein:

- Kritik der Bildungsplanung, Bildungsgesamtplans, Aufbau eines Projektbereichs Bildungsplanung
- Kooperation mit allen Verbänden im Gesamthochschulbereich und bei Neugründungen
- Intensivierung der Arbeit der Projektbereiche und Einberufung von Fachkonferenzen zu Studien- und Prüfungsfragen
- Kampf für demokratische Lehrinhalte, gegen Einfluß der Bundeswehr und der Rüstungsindustrie
- Kampf für marxistische Lehrstühle für das Studium des Sozialismus, gegen die Reaktion an den Hochschulen, Bund Freiheit der Wissenschaft etc.
- Vorbereitung auf zentrale Aktionswochen während der zweiten Lesung des Hochschulrahmengesetzes im Mai/Juni
- Gemeinsames Vorgehen mit Schülern und Lehrlingen, mit DGB-Jugend, JUSOs, SDAJ, Lehrlingszentren, im „Jahr der arbeitenden Jugend“
- Beteiligung am 1. Mai mit der Forderung „Demokratische Ausbildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung“
- Die Hauptresolution führt dazu aus, daß der Kampf für ein demokratisches Bildungswesen in dem Bewußtsein geführt werden muß, daß eine konsequente Demokratisierung nicht möglich ist ohne grundlegende Veränderung der ökonomischen Bedingungen und Herrschaftsverhältnisse, daß die Studenten deshalb am gesamtgesellschaftlichen Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals teilnehmen und daß der gewerkschaftliche und

studentische Mitbestimmungskampf nur sinnvoll sein kann, wenn er zur Erringung von Gegenmacht durch immer stärkere Kampfbereitschaft und Stärkung der Organisationen der Lohnabhängigen führt.

Im Sozialbereich

soll die Arbeit der ASTen durch Einrichtung eines Projektbereiches Soziales im vds intensiviert werden. Die politischen und ökonomischen Forderungen der Studenten

- nach familienunabhängiger, kostendeckender, darlehnsfreier Ausbildungsförderung, nach studentischer Mitbestimmung bei der Verwaltung der Förderung und gegen Disziplinierungsmaßnahmen und schärfere Anforderungen in den Förderungsregelungen,
 - für die Einrichtung einer bundeseinheitlichen Krankenversicherung,
 - für stärkere Förderung des Wohnheimbaus im Rahmen eines verbesserten, demokratisierten sozialen Wohnungsbaus
- sollen vereinheitlicht und möglichst zusammen mit Gewerkschaften durchgesetzt werden. Schulungskurse für Sozialreferenten und „Sozialpolitische Materialien“ sollen dazu beitragen.

Selbst stark machen!

Auch wenn die Pressehetze, die teilweise die MV begleitete, die Öffentlichkeit darauf vorbereitet, daß die Bundesregierung eventuell auch weiterhin die Förderung des vds ablehnen wird, um im antisozialistischen Kesseltreiben gut abzuschneiden, kann der vds jetzt seine Rolle als starker studentischer Dachverband wahrnehmen. Er wird allerdings nur so stark sein, wie sich die Studenten an den Hochschulen selbst für ihre Interessen stark machen. -rze-

Faule Tricks mit Parkausweisen

Auch wenn der Kanzler noch so sehr betont, die 4596 Parkplätze an der RUB würden ausreichen, um jedem eine Parkmöglichkeit zu geben, so kann dies doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß im SS die „Parkausweisaffäre“ zu einem ziemlichen Krach führen wird.

Von den rund 4600 Parkplätzen sind nämlich nur dreiviertel der Allgemeinheit zugänglich; und diese Plätze liegen an und hinter der alten Mensa (1950), nördlich von IB (950) und nur zu einem kleinen Teil bei den M-Gebäuden (500).

Die restlichen Parkplätze läßt Seel reservieren: sämtliche Parkplätze an den N-Gebäuden (380) und im Umkreis der G-Gebäude (820) können nur mit Parkausweis erreicht werden.

Obwohl vor genau einem Jahr vom UP eine rigorose Beschränkung des Parkausweis-Mißbrauchs beschlossen wurde (wonach höchstens 150 Leute einen Ausweis erhalten hätten), setzt sich Seel hierüber hinweg und nimmt 1200 Parkplätze in Beschlag.

Schon letztes Jahr hat sich gezeigt, daß dem Kanzler nur mit Gewalt beizukommen ist, wenn es um die Gleichbehandlung aller Universitätsangehörigen und -mitglieder geht.

IN DER NÄHE DER GEBÄUDE SOLL PARKEN, WER ZUERST DA IST UND NICHT, WER DEN KANZLER KENNT. ZWINGT SEEL DURCH EIN KONSEQUENTES DRIVE-IN ZUR RÜCKNAHME DER PARKAUSWEISE!!! ee

Kaufen Sie

Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren

Trinkhalle Kotthoff
(Mensaparkplatz)

Neu:
Busfahrkarten aller Art

Reifen-Dornhardt

Reifenfachhändler
Runderneuerungs-
und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterielager

Sonderpreise f. Uni-Angehörige

463 Bochum · Wittener Str. 449

Fernruf 55 03 68

gegenüber Opel-Eingang I

Der Treffpunkt für in- u. ausländische Studenten

im

•PUNKT•

Bochum, Hans-Böckler-Str. 26 · Telefon 1 46 32

Täglich von 14.00 Uhr mittags bis 1.00 Uhr
nachts geöffnet / Normale Preise



Ausprobieren!

Zungenmilder Pipe Tobacco.
6 Probchen gratis.
Einfach Postkarte an
EXCLUSIV
Tobacco
83 Landshut, Postfach 568

Unfallversicherung für Studenten

Mit Wirkung vom 1. April 1971 ist das „Gesetz über Unfallversicherung für Schüler und Studenten sowie Kinder in Kindergärten“ in Kraft getreten.

Durch dieses Gesetz sind nunmehr Studierende während der Aus- und Fortbildung an Hochschulen gegen Unfälle beim gesetzlichen Unfallversicherungsträger des Landes versichert. Nicht versichert sind durch dies Gesetz Freizeit-Unfälle.

Da sich aber erfahrungsgemäß die meisten Unfälle im Privatbereich der Studenten ereignen, hat sich das Bochumer Studentenwerk darum bemüht, auch für diesen Bereich Vorsorge zu treffen. Durch einen Unfallversicherungsvertrag, dem alle Studentenwerke, die der Deutschen Studenten-Krankenversicherung als Mitglieder angehören, gemeinsam mit der Albingia Ver-

sicherungsgesellschaft geschlossen haben, wurden Versicherungsleistungen von 20 000 DM im Invaliditätsfall und 2 000 DM im Todesfall vereinbart. Da die Zahl der Unfälle, die zur Arbeitsunfähigkeit führen oder einen Studienwechsel zur Folge haben, nicht gering ist, und in diesen Fällen die Invaliditätsdeckungssumme in Höhe von 20 000 DM als zu niedrig betrachtet werden kann, hat das Bochumer Studentenwerk für die Studierenden an der Ruhr-Universität zusätzlich den Abschluß eines Versicherungsvertrages für die Unfallversicherung vorbereitet, der eine Deckungssumme von 20 000 DM für den Invaliditätsfall zusieht. Dieses Geld kommt also bei Unfällen, die Vollinvalidität zur Folge haben, zusätzlich zur Auszahlung.

Die Unfallheimkosten für Unfälle, die sich während der Aus- und Fortbildung an Hochschulen (auch

Jungdemokraten gegen Rechts

Auf dem ordentl. Landesjugendtag der Jungdemokraten von NRW, der am 3. und 4. April in Duisburg stattfand, faßten die Judos einen Beschluß gegen das Rechtskartell. Auf die Frage eines Delegierten vom gemäßigten Flügel, ob sich wohl auch in der F.D.P. Kräfte des Rechtskartells befänden, antwortete der linke Flügel nur mit (Aus-) Lachen.

Einig war man sich, daß man eine Revision der Notstandsgesetze erreichen muß. Zitat: „Wir haben nicht gegen die Notstandsgesetze gekämpft, um sie nun stillschweigend zu dulden.“ Auf dem Landesjugendtag wurde zwar ein linker Vorstand gewählt, ein linkes Grundsatzprogramm konnte man aber nicht verabschieden. Dazu soll bald ein außerordentlicher Landesjugendtag stattfinden.

Arbeitsvermittlung

Wenn Sie für kürzere oder längere Zeit einen Job suchen, die Nebenstelle des Arbeitsamtes Bochum in der Baracke V (Eingang Baracke IV) bietet solche Jobs an.

Öffnungszeiten: Montags bis Freitags von 8 — 12 Uhr und von 12.30 bis 15.00 Uhr.

auf dem Weg zu Hochschulen und dem Weg von der Hochschule nach Hause) ereignen, kommt die gesetzliche Unfallversicherung auf. Für den Privatbereich wurde ebenfalls eine Regelung getroffen. Die Höhe der Übernahme der Unfallheimkosten ist praktisch unbegrenzt.

Für den Fall des Falles einiges zur technischen Abwicklung: Ganz gleich, ob Sie einen Unfall im Freizeitbereich oder während der Arbeit in der Universität erlitten haben, gehen Sie auf jeden Fall möglichst bald zur DSKV-Geschäftsstelle im Studentenwerk, Baracke Nr. 8, hinter der Mensa. Dort müssen Sie eine Unfallanzeige aufgeben. Alles weitere sagen Ihnen die Sachbearbeiterinnen Frau Wenzel und Frau Hausberg. Telefon der DSKV: 70 14 57. Sprechstunden: Montags bis Freitags von 8.15 bis 12.00 Uhr.

Statt Honnef jetzt Ausbildungsförderungsgesetz

Forts. von S. 5

ten, sondern es ist ihm überlassen, ob er sie errichten will oder nicht. Die Begründung der Regierung für diese „Kann“-Bestimmung (im 1. Entwurf noch eine „Muß“-Bestimmung) ist zynisch. Die Bundesregierung will Beiräte und andere beratende „Gremien nicht mehr gesetzlich begründen, um sie leichter auflösen zu können. So will also die sozial-liberale Koalition „etwas mehr Demokratie wagen“ (Brandt).

4. Der Klassencharakter des AFÖG

Abgesehen davon, daß die neuen Fördersätze nur unwesentlich über den Honnefsätzen liegen und somit die Studenten aus Arbeiterfamilien den Studierenden aus den Oberklassen keineswegs gleichgestellt sind, bietet das AFÖG besser als die in bezug auf die Herkunft der Studenten klassenindifferenten HSchGes die Möglichkeit, das Bildungsprivileg der herrschenden Klassen zu erhalten. Denn Restriktionen, Studienfächer, können besser durch die Hochschulgesetze als durch das AFÖG erfolgen, nicht

aber die klassenspezifische Selektion. „Es wäre daher durchaus im Interesse der Kapitalisten, die allgemeinen Regelungen über den Zugang zur Hochschule, die Auswahl des Studienfaches, den Aufbau des Studiums und die Möglichkeit der Weiterqualifikation möglichst locker zu halten und damit allen denjenigen, die ihr Studium durch ihre Eltern oder durch eigenes Vermögen finanzieren, immer noch eine relative Studienfreiheit und freie Entfaltungsmöglichkeiten einzuräumen, dagegen nur diejenigen, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft auf eine staatliche Ausbildungsförderung angewiesen sind, Arbeiter und Bauernkinder hauptsächlich, den strengen Regeln und Selektionen der Ausbildungsförderung zu unterwerfen.“ (vds)

5. Studentischer Kampf gegen das AFÖG

Der vds, die WRK und das DSW haben im vergangenen Dezember auf einem Kongreß in Bonn den Auftakt gegeben für den Kampf gegen das AFÖG. Die flugs zugesicherten „Verbesserungen“ seitens der Regierung erwiesen sich in dem

letzten Referentenentwurf (Ende Januar) allerdings als Verschlechterungen oder technische Änderungen zur Steigerung der Effizienz. Ende Februar fand ein vds-Treffen der Sozialreferenten statt, um die studentischen Forderungen und geplanten Maßnahmen des Kampfes, der vor allem auf zentraler Ebene geführt wird, zu diskutieren und zu vermitteln. Zusammen mit der Gewerkschaftsjugend und Schülern, die vom AFÖG genauso betroffen sind wie wir, sowie mit fortschrittlichen Hochschulangehörigen gilt es, folgende Forderungen durchzusetzen:

- Finanzierung der Förderung auf Kosten der Konzernprofite
- Ausbildungsförderung von der Vorschulerausbildung bis zum Eintritt in den Beruf bei Kostendeckung, Familienunabhängigkeit, Darlehensfreiheit
- Förderung für jede Fachrichtung und Qualifikationsstufe
- Fortfall von Leistungsnachweisen und Eignungsprüfungen
- qualifizierte Mitbestimmung der Betroffenen über alle Fragen der Förderung.

Klatsch - Tratsch - Quatsch

Anton Kowalski (39) aus Münster, SPD-Genosse seit der Zeit vor dem Gottesberger Programm, muß sich scheiden lassen. Obwohl mit DKP 12 Jahren Ehe „immer noch glücklich verheiratet“, so Anton und Frieda K.), forderte der Kreisparteitag der münsteraner SPD Anton K. auf, die Scheidung einzureichen. In dem Beschluß heißt es, diese Ehe stelle nach dem Parteiratsbeschluß (die BSZ berichtete darüber) eine unzulässige Aktions-einheit mit Kommunisten dar. In dem Beschluß heißt es weiter: „Die Parteidisziplin muß für jedes SPD-Mitglied über derart privatischen Gefühlsduseleien stehen.“

sobald zB durch rauschgift eine größere anzahl menschen zu tode kommt, verschärft man die gesetzlichen bestimmungen, sobald dasselbe durch die bundeswehr passiert, zieht man mehr leute ein.

die radikalen damen beim initiativsausschuß zur emanzipation der frau, auch „arbeitsgemeinschaft“ geheißten, stellten bei ihrem letzten kaffeekränzchen folgende these auf: „die arbeiterklasse ist angepaßt, die einzig revolutionäre gruppe in der brd sind die hausfrauen!“ sprach's und scheuerte dem zufällig anwesenden kg kiesinger eine, die er sein leben lang nicht vergessen wird.

hart blieb das studentenwerk letzten donnerstag: gastwirtschaftskrösus cäsar cleo hilton VIII war ex-

tra an der RUB, um den rub-pub zum „hilton bochum“ umzubauen. der geschäftsführer des studentenwerks, borchert, wies mit einem schroffen „nein!“ dem enttäuschten hilton die tür. letzterer soll sich nun mit selbstmordabsichten herumplagen.

der gesamte asta überlegt fieberhaft, wie es möglich sein könnte, die waz-redakteure zu einer objektiveren berichterstattung über die studenten zu kriegen, nachdem zwei bombenanschläge nichts gefruchtet haben, will man nun auf die weiche tour umsteigen.

letzte woche zog endlich der frühling an der rub ein, denn das eisige politische klima wich einem tauwetter, als 20 spartakisten in die dirdieselten. der sommer wird erwartet, wenn der shb seine leipzigfahrt unternimmt.

B S Z
Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (Renale Zimmermann-Eisel, Robert Farle, Rainer Stollmann, Fred Blecher, Manfred Buhl).
Redaktion: Reinhard Greeven, Hanspeter Knirsch, Axel Jost.
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)
Auflage: 10 000 Exemplare
Anzeigenleitung: Erich Eisel
Druck: Schürmann & Klegges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16.
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 66, Tel. 51 16 55 u. 399 2416.

Studentische Literatur

KUNST & BÜCHER SCHEUNE

Lennershofstraße
hinter der ASIa-Baracke

Der Augen Wille:

die Heinen-Brille

Bochum, Kortumstraße 45
u. Ruhrpark-Einkaufszentrum

Men like its flavor Women love its aroma

RUM and MAPLE
PIPE MIXTURE

2.50

Gratismuster * PLANTA * Berlin 61

US VERKAUF

Führendes Haus in Western-Bekleidung

Twen Shop
Bekleidung für junge Leute

H. PETERMANN

Bochum - Rathausplatz 8

Telefon 669 39

Rücklaufbestände der US-Armee

Fertilitäts-hemmung beim Manne

Männl. mögl. verh.
Probanden
z. klin. Erprobung
v. fertilitätshemmendem
Injektionspräparat ges.
Wöchentl. 1 Injektion.
Unkostenerst.

Dr. Mauß,
Tel. Essen 7991 2581
Mo. — Fr. 14.00 — 17.00.

Was schenken?
geh zu
Karin's Boutique
Bochum, Kortumstraße 98
1000 Kinkerlitzchen
warten auf Euch!

„Die Schallplatte“
Bochum
Hans-Böckler-Straße 21
Großes Angebot an Pop-
und Jazz-Platten
viele Sonderangebote
große Importabteilung